Zeitschrift: Neujahrsblatt / Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige Basel

Herausgeber: Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige Basel

Band: 175 (1997)

Artikel: Zwischen Isolation und Integration : Geschichte der Katholischen Volkspartei Basel-Stadt 1870-1914

Autor: Meier-Kern, Paul

Kapitel: C.: Der lange Marsch vom Verein zur Partei 1884-1905

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1006836

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 08.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

C. Der lange Marsch vom Verein zur Partei 1884–1905

Die zwanzig Jahre von der Aufhebung der katholischen Schule bis zur Bildung einer Katholischen Partei waren geprägt durch ein beschleunigtes Wachstum der Stadt und ihrer Bevölkerung. Der industrielle Aufschwung und die vermehrte Bautätigkeit zogen wie ein Magnet Leute der nähern und weiteren Umgebung nach Basel. Zwischen 1880 und 1910 verdoppelte sich die Wohnbevölkerung[109]. Entsprechend nahm die Zahl der Katholiken zu: von 19289 im Jahre 1880 stieg sie auf 37469 im Jahre 1900, d.h. von 29,6% auf 33,1%. 1900 wurden allerdings Römisch-Katholische und Christkatholiken zusammen als Katholiken in der Volkszählung aufgeführt.

Die Zahl der Stimmberechtigten bei den Katholiken entsprach hingegen dem Prozentanteil in keiner Weise, denn der Ausländeranteil war enorm hoch.

Mit der Vertretung der Katholiken im Grossen Rat war es nicht gut bestellt. 1886 wurde erstmals ein Vertreter des KV Grossrat: er war als Katholik auf die konservative Liste genommen worden. Wie viele Grossräte freisinniger, konservativer und später dann sozialistischer Richtung von Haus aus katholisch waren, entzieht sich unserer Kenntnis. Es waren zweifellos nur wenige. Dass die Katholiken so schlecht vertreten waren, war natürlich eine Folge des Majorzsystems. Die Sachlage ändern konnte nur ein proportionales Wahlsystem, und für dieses setzten sich die führenden Katholiken, allen voran Ernst Feigenwinter, schon früh ein.

12. Der Kampf um den Proporz

Die Idee einer Proporzwahl ging aber nicht von den Katholiken, sondern vom konservativen Grossrat und Professor Hagenbach-Bischoff aus. Von der Ausschussitzung des KV vom 4. Februar 1889 findet sich folgender Protokolleintrag: «Feigenwinter gibt Kenntnis von einer Einladung der Vorstände der konservativen Quartiervereine und des Arbeiterbundes an den KV Basel, in Verbindung mit ihren Vereinen ein Initiativbegehren auf Einführung des proportionalen Wahlverfahrens zu stellen.» Zehn Tage später stellte Professor Hagenbach sein neues Wahlsystem im KV vor, und kurz darauf wurde in der Burgvogtei ein grossangelegter Wahlversuch mit allen Interessierten durchgeführt. (Schon vorher hatte es auf parlamentarischer Ebene und im Zusammenhang mit der Verfassungsrevision Anläufe zur Einführung des Proporzes für die Grossratswahlen gegeben.) Im März wurde dann das entsprechende Initiativbegehren lanciert. Die Volksabstimmung darüber fand am 23. November 1890 statt und wurde vom BV mit einem

langen Aufruf unterstützt: «Gegen 3000 Männer aller Parteien, aller Konfessionen, aller Stände stellten an den Grossen Rat das Gesuch, das proportionale Wahlverfahren einzuführen. Diese 3000 Männer wollten nichts anderes, als dass alle Parteien, auch die Minderheitsparteien, auch die Arbeiter, auch die Katholiken, alle ihrer Stärke nach, in der gesetzgebenden Behörde vertreten seien... Die herrschende Partei will das nicht. ‹Die Mehrheit sei König!› ruft sie dem Basler Volk entgegen. 1000 Radikale sollen 30 Grossräte wählen, 1000 Arbeiter, 1000 Katholiken keinen. ‹Uns die Ratssessel! Euch die Tribüne!› schrieb vor vier Jahren der Volksfreund!. Man stellt dem Volk das neue Verfahren als verworren, als unverständlich, als unbegreiflich dar!... Fürwahr! Das Basler Volk und seine Jugend muss von der radikalen Schule und der radikalen Presse in seiner Intelligenz weit heruntergebracht worden sein, wenn ihm das proportionale Wahlverfahren nicht verständlich geworden!»[110]

Wie ernst es dem KV mit dem Proporz war, hatte sich schon bei den Nationalratswahlen im Oktober 1890 gezeigt. Es waren vier Kandidaten aus verschiedenen Parteien empfohlen worden, darunter auch der Sozialist Wullschleger.

Die Initiative wurde in der Abstimmung abgelehnt. Das Begehren brauchte mehrere Anläufe[111]. 1895 wagte man es zum zweitenmal. Träger war nun ein neutraler Wahlreformverein, «da bekanntlich vor fünf Jahren die Allianz der Konservativen, Katholiken und Sozialdemokraten einigen Anstoss erregt hat», wie Hagenbach am 18. Mai 1895 an Feigenwinter schrieb[112]. Wiederum holte sich der KV als Referenten den «Vater» des Proporzgedankens. Auch das BV machte sich wieder dafür stark: «Das bisherige Wahlsystem ruft einem unwürdigen Treiben, persönlichen Angriffen und Verunglimpfungen, Verbitterungen und Enttäuschungen in allen Lagern.» Als Devise müsse gelten «gleiches Recht für alle» statt «die Mehrheit soll König sein»[113]. Die Initiative wurde zwar knapp angenommen, doch hatten sich noch Regierung und Grosser Rat damit zu beschäftigen. Um die unbequeme Initiative zu bodigen, verband der Regierungsrat den Proporz mit dem Stimmzwang. Dagegen erhoben die Befürworter einen Rekurs ans Bundesgericht, so dass die auf Dezember 1898 vorgesehene zweite Abstimmung sistiert werden musste.

Mit von der Partie war der KV wieder 1899, als auf eidgenössischer Ebene eine Initiative für den Proporz bei der Wahl des Nationalrats und für die Volkswahl des Bundesrates lanciert wurde.

Die Abstimmung über diese eidgenössische Initiative sowie die nun korrigierte kantonale Vorlage fand am 4. November 1900 statt. Sie wurden beide verworfen.

Der dritte Anlauf wurde im Oktober 1904 gestartet. Ein gemischtes konservativ-katholisch-sozialistisches Komitee hatte nun den Vorschlag als Wahlgesetz ausformuliert, so dass er dem Volk direkt vorgelegt werden konnte. In diesem Vorschlag, der dem 1900 vom Grossen Rat ausgearbeiteten glich, wurde allerdings das unbeschränkte Kumulieren durch das dreifache ersetzt. Offenbar galt es auch jetzt noch, die Stimmbürger auch der Minderheitsparteien zu überzeugen. Direkt reisserisch gab sich ein Inserat im BV:

Unerhörte Ungleichheit

und Ungerechtigkeit!

2026 Stimmen erhalten nach dem **bisherigen** Wahlverfahren in Basel-Stadt

drei Grossräte.

3387 Stimmen erhalten nach dem gleichen Wahlgesetz

siebzig Grossräte.

Ein solches Wahlrecht wäre nicht bloß, sondern **es ist eine Schmach** für das aufgeklärte, freisinnige, gerechtigkeitsliebende Basel.

Darum: **Ein tausendfaches**

Ja.

«Unerhörte Ungleichheit und Ungerechtigkeit!
2026 Stimmen erhalten nach dem bisherigen Wahlverfahren in Basel *drei* Grossräte.
3387 Stimmen erhalten nach dem gleichen Wahlgesetz *siebzig* Grossräte.
Ein solches Wahlgesetz wäre nicht bloss, *es ist* eine Schmach für das aufgeklärte, freisinnige, gerechtigkeitsliebende Basel.
Darum: ein tausendfaches JA.»[114]

Wegen der «Spaltung in der sozialdemokratischen Partei und der Lässigkeit bei den Konservativen» bemühte sich der KV besonders um die Wählergunst, allerdings nur in internen Versammlungen. Gegen aussen wollte er sich zurückhalten, offenbar aus Furcht vor kontraproduktiven Reaktionen. Bei der SP und bei den Konservativen gab es anscheinend viele Wähler, die mit dem status quo zufrieden waren[115].

Nach heftigem Abstimmungskampf fiel der Entscheid am 26. Februar 1905, und zwar äusserst knapp: Mit einer hauchdünnen Mehrheit von zehn Stimmen (5290:5280) siegten die Anhänger des Proporzes. Damit hatten nun die Minderheitsparteien im Mai 1905 anlässlich der Grossratswahlen Gelegenheit, ihre wirkliche Stärke zu zeigen. Auch der KV war damit nicht mehr auf das Wohlwollen der Konservativen angewiesen.

Am 5. März 1905 erschien im BV wieder ein Gedicht von Ulrich Dürrenmatt:
«Zehn Stimmen Mehrheit!
(Zum Proporzsieg in Basel.)
Zehn Stimmen, das ist wenig,
Es könnten tausend sein –
Doch ist die Mehrheit König,
Sei gross sie oder klein…
Knapp ging es um die Klippe,
Doch ist dies nicht so schlimm;
Majörzlern im Prinzipe
Genügt ja Eine Stimm'!…»

13. Katholikenverein und Römisch-Katholische Gemeinde

Der KV ist bekanntlich aus der RKG herausgewachsen, zur «Reglung ihrer eigenen Gemeindeangelegenheiten», zur «Aufklärung in kirchlich politischen Fragen». Vor allem in der Schulfrage hat er sich vollkommen mit der Gemeinde solidarisiert. Aber das war nur eine Seite. Die andere war die politische Ausrichtung: die Anliegen der Gemeinde sollten auch auf dem politischen Parkett vertreten werden, allerdings wiederum ganz im Sinn und Geist des traditionellen katholischen Glaubensbewusstseins, wie es in der Gemeinde gepflegt wurde.

Die Einheit von KV und RKG zeigt sich vor allem darin, dass viele der führenden Männer des KV auch Vorsteher der RKG waren. Die gewichtigste Ausnahme bildet wohl Ernst Feigenwinter, der vermutlich aus Gründen der Arbeitsüberlastung der Vor-

steherschaft der RKG nie angehört hat. Gross war im KV auch jeweils das Interesse an den Wahlen in die Vorsteherschaft. Meist schlug man aus den eigenen Reihen Kandidaten vor.

Immer auch wurde dem Verein ein geistlicher Beistand beigegeben, der die Aufgabe hatte, das Vereinsschiff auch theologisch auf dem rechten Kurs zu halten. Diese Geistlichen nahmen meist an den Sitzungen des Ausschusses teil und wurden oft als dessen Mitglieder gewählt[116].

Von 1870–1880 war der geistliche Betreuer Vikar Schwörer, es folgte Vikar Meck, 1884 Abbé Constantin Weber, der später, als Pfarrer der Marienkirche, von 1891–1893 sogar Präsident des KV und lange Jahre Vizepräsident war. Von 1886–1888 war der sozial aufgeschlossene Vikar Joseph Beck «Präses», einige Jahre übernahm Pfarrer Jurt persönlich dieses Amt oder war wenigstens bei wichtigen Sitzungen dabei. Nach seinem Tod wurde Stadtpfarrer Döbeli von St. Clara Vizepräsident. Die Einheit von Gemeinde und Verein zeigte sich ebenfalls bei der Wahl des ersten katholischen Grossrats: Gottfried Hediger war von 1874 bis 1879 Präsident der Vorsteherschaft der RKG gewesen.

Trotzdem kam es manchmal zu ernsten Meinungsverschiedenheiten, vor allem zwischen Pfarrer Jurt und Feigenwinter. Belege dafür sind zwei Briefe Jurts an Feigenwinter aus dem Jahre 1887[117]. Im ersten Brief vom 14. April warnt der Pfarrer vor der zunehmenden Bindung des KV an die konservativen Quartiervereine, weil diese Mitglieder der ehemaligen «Roma» (vgl. 10.) favorisieren. «Lassen wir doch den Katholiken lieber die Freiheit, zu stimmen wie sie wollen.» Denn der KV hoffte, die Unterstützung der Konservativen würde durch die Wahl einiger Katholiken in den Grossen Rat honoriert. Dies war aber nicht der Fall. (Vgl. Grossratswahlen 1887.)

Im zweiten Brief vom 11. Juni 1887 zeigte sich Jurt wenig begeistert vom Plan, im protestantischen Basel einen Katholikentag abzuhalten. Aber wenn es denn sein müsse, so solle so wenig wie möglich von der Lage der Diaspora geredet werden, sondern ganz Leo XIII. im Zentrum stehen. Offenbar befürchtete Jurt den Missbrauch der Feier für politische Zwecke, und die zunehmende Politisierung des KV lag ihm auf dem Magen. Ihm «und noch vielen anderen Leuten will es überhaupt nicht passend scheinen, den Katholikentag in Städten zu halten, in welchen die Katholiken in grosser Minderheit und von den Protestanten sehr abhängig sind». Für Jurt war der KV offensichtlich ein religiöser Bildungsverein, während er Ernst Feigenwinter als politische Basis diente. Jurt setzte sich nur in der Datumsfrage durch.

Differenzen zeigten sich auch ein paar Jahre später, als Feigenwinter es angebracht fand, den Sozialisten Wullschleger als Nationalratskandidaten zu unterstützen, einerseits weil er mit dessen sozialen Postulaten teilweise sympathisierte, anderseits aus Gründen des Proporzes. In der Ausschussitzung vom 19. Oktober 1893 akzeptierte man Feigenwinters Vorschlag, die Konservativen Paul Speiser und Emil Bischoff, den Radikalen Dr. Brenner und den Sozialisten Wullschleger als Nationalräte vorzuschlagen.

Der Vorschlag «gelte dabei nicht der Person Wullschlegers, sondern lediglich der Sache und der stets verfochtenen proportionalen Vertretung». Dies auch in Folge einer

Entwicklung, die sich zurzeit in der Schweiz vollziehe: überall «eine Annäherung und Verständigung der Oppositionsparteien... hier Arbeiterbund und Katholikenverein».

In der Vereinsversammlung vom 26. Oktober aber «bekämpft HH. Pfarrer Jurt mit aller Schärfe die Aufstellung von kirchenfeindlichen und umstürzlerischen Männern und kehrt sich gegen das sogenannte Zumarktegehen mit der Gesinnung in Wahlsachen» (Protokoll). Dieses Votum wird von HH. Dr. Wenzler unterstützt, der gleichfalls findet, dass hier «absolut kein Geschäft zu machen ist». Trotzdem wurden die Kandidaten des Ausschusses mit etwa 100 gegen 6 Stimmen angenommen. Verbittert ob so viel Eigenständigkeit gegenüber klerikaler Einsprache, wandte sich Jurt an die Presse, und zwar an die ASZ. In einer Einsendung vom 1. November 1893 missbilligte «die Katholische Geistlichkeit des Hatstätterhofs» die Unterstützung der Kandidatur Wullschlegers, verurteilte das Wahlprogramm des KV und wusste sich einig mit der Mehrheit der hiesigen Katholiken, «die es zu jeder Zeit ablehnen werden, unter der roten Fahne der Sozialdemokratie in den Kampf zu ziehen». Schon am 2. November behandelte der Ausschuss den Artikel, der «in weitesten Teilen der katholischen Gemeinde einen wahren Entrüstungssturm heraufbeschworen» hat. Der Ausschuss werde demissionieren, wenn an der morgigen Vereinsversammlung ihm nicht das Vertrauen ausgesprochen werde. Dort ergriff Pfarrer Jurt das Wort «zu seiner Verteidigung resp. Entschuldigung», wie es im Protokoll heisst. Dem Vorstand wurde einmütig das Vertrauen ausgesprochen, und der KV lehnte «die Insinuation, als ob er der roten Fahne der Sozialdemokratie Heeresfolge leiste, ab».

Weil Wullschleger inzwischen in einer Wahlrede die Katholiken als «Dragonerschar» tituliert hatte und meinte, auf die Stimmen der «4 bis 500 armen Teufel von Ultramontanen» verzichten zu können, zog der KV für die Nachwahlen seine Unterstützung zurück. Gewählt wurde schliesslich E. Bischoff – er hatte 400 Stimmen mehr als Wullschleger erhalten[118].

Nach mehr als zehn Jahren, am 30. November 1904, wurde die Sache von der «Basler Zeitung» nochmals aufgegriffen. Das Blatt warf Feigenwinter vor, Pfarrer Jurt habe seine Politik «öffentlich und in aller Form» desavouiert. Feigenwinter nahm im BV dazu und zu weiteren Angriffen Stellung[119]. Er verwahrte sich gegen den Vorwurf, «Knecht des Hatstätterhofes, der im Pfarrhof seine Instruktion hole», zu sein. «Tatsächlich ist richtig, dass sich unsere Geistlichkeit von jeher wenig mit der Politik beschäftigte... Tatsache ist, dass ich Herrn Pfarrer Jurt auch etwa einmal, so z.B. als es sich um Unterstützung der Kandidatur Wullschleger handelte, entgegengetreten bin...» Auch habe es in der katholischen Gemeinde «Schleicher» gegeben, «die in den Pfarrhöfen und hintenherum gegen die Politiker intrigierten».

1894 tauchten erstmals Gedanken zum staatlichen Kultusbudget auf. Die Katholiken unterstützten ja mit ihren Steuergeldern indirekt den vom Staat bezahlten Kultus der evangelisch-reformierten Landeskirche und der Christkatholiken, während sie selber keinen Rappen vom Staat erhielten, wenn man von der zur Verfügung gestellten Clarakirche absieht. Deshalb sollte ein neuer Kirchengesetzentwurf mit dem Klerus und den

Gemeindevorstehern genau unter die Lupe genommen und eventuell zurückgewiesen werden.

Auch Ideen, ein katholisches Vereinshaus zu errichten, tauchten damals auf, offenbar ziemlich unkoordiniert. Der Gesellenverein hatte ein Auge auf die zum Verkauf anstehende Burgvogtei geworfen – die Burgvogtei «mit dem vielgepriesenen schönsten und grössten Saal der deutschen Schweiz! Da soll man die Katholiken um Benützung fragen, unsere Radikalen, Grütlianer, Sozialdemokraten sollen bei den Versammlungen katholisches Bier trinken...», meinte ironisch das BV vom 24. September 1894. Doch im letzten Moment schnappte der Staat das Gebäude den Gesellen vor der Nase weg. Die Geschichte hatte noch ein Nachspiel in der Grossratssitzung vom 27. September.

Die enge Verflechtung von KV und RKG zeigt sich auch an der Forderung des KV, die RKG habe eine Verwaltungsreform nötig, oder personenbezogen, an der Zusammensetzung einer neuen Kirchenbaukommission (für die spätere Heiliggeistkirche), die sich zu einem grossen Teil aus KV-Exponenten zusammensetzte. Doch gab es auch Missstimmigkeiten, anscheinend besonders unter dem RKG-Präsidium von Emil Peter, dem Vater des späteren katholischen Regierungsrats Carl Peter, «in der katholischen Volkspartei der erklärte Antipode des prominenten christlichsozialen Führers Ernst Feigenwinter»[120]. Oder es entrüstete sich Redaktor Fäh im BV, dass seine Zeitung in Sachen Pfarrerwahl durch die Vorsteherschaft schlechter informiert werde als die BN. Die Installationsfeier des neuen Pfarrers Döbeli sei einseitig Sache der Vorsteher und, wie gerügt wurde, nur für die «Crème der Katholiken» zugänglich. Die Vorsteher hätten «dem arbeitenden katholischen Volke keine Gelegenheit geboten, das so seltene Fest in irgendeiner Weise mitbegehen zu können»[121]. Ohnehin macht es nach 1900 den Anschein, als habe sich das Verhältnis des KV zur Vorsteherschaft verschlechtert.

So fand am 21. Februar 1901 eine Konferenz zum Thema «Kultussteuer der Diasporagemeinden» statt. Sie wurde von Emil Peter geleitet, Teilnehmer waren der Ausschuss des KV, Geistliche, die RKG-Vorsteher und verschiedene Präsidenten katholischer Vereine. Dort erwies sich, dass etliche Städte in der gleichen Lage wie Basel waren. Doch von einem Vorstoss auf kantonaler Ebene riet Pfarrer Döbeli ab, man habe ja als Äquivalent die Clarakirche. Eventuell sei eine Motion im Nationalrat einzureichen. Erstaunt und beleidigt wegen des Entscheids der Konferenz, stillzuhalten, zeigte sich Feigenwinter in der folgenden Ausschusssitzung vom 15. März. Er hatte nämlich an der betreffenden Sitzung nicht teilnehmen können, obwohl er ein Referat vorbereitet hatte und offenbar im Kanton tätig werden wollte. «Wenn der KV die Führung in allen Dingen dem Pfarrhof überlassen wolle, habe der KV keinen Zweck mehr und der Interpellant entschlage sich jeder Verantwortlichkeit für die Zukunft desselben.»[122] Das war deutsch und deutlich!

Zu einem weiteren Zusammenstoss von Peter und Feigenwinter kam es am 30. April 1903. Anlass war der Kauf eines Bauplatzes für die geplante Kirche im Gundeldingerquartier. Feigenwinter meinte, dieser Bauplatz an der Hochstrasse sei voller Nachteile, und die Bevölkerung sei mehrheitlich für das Terrain an der Thiersteinerallee. Er prote-

stierte heftig gegen das «Spekulationsgeschäft» mit dem Geld der Gemeinde. Peter solle den Bauplatz auf eigene Rechnung übernehmen.

Auch eine Papstfeier musste der KV allein organisieren, «weil die Vorsteherschaft der RKG nicht willens ist, gemeinsam mit dem KV eine Leofeier grösseren Stils zu verantworten»[123].

Vielleicht mochte da eine Statutenrevision der RKG Abhilfe schaffen? Neben fünf Geistlichen und fünf Vorstehern waren immerhin auch fünf KV-Leute in der vorbereitenden Kommission…

14. Die Katholiken als Fasnachtssujet

Schon 1870 wurde die katholische Kirche von der «Basler Narren-Zeitung No. 2»[124] zum Gespött gemacht. Anlass war, wie konnte es anders sein, die Unfehlbarkeitserklärung:

«Juchhe! wie bunt ist nun mein Stühlchen
Mit Lappen roth und blau geschmückt!
Wie ward so munter mein Concilchen
Von Ost und Süd und Nord beschickt.
Nur Eins macht mir noch Herzeleid:
Wie wird's mit der Unfehlbarkeit?» usw.

Die Kirche aufs Korn nahm auch die Clique «Basilisk», offenbar Mitglieder des Vereins junger Kaufleute. Diese wurden wegen «Verspottung der katholischen Geistlichkeit und gottesdienstlicher Handlungen» sogar vom Polizeigericht zu Bussen verurteilt. Grund: «Die Hauptpersonen des Zuges bildeten der Papst und verschiedene Bischöfe und Kardinäle in den betreffenden Ordensgewändern, daneben begleiteten den Zug mehrere Kapuziner, Jesuiten und Nonnen.»[125]

Im selben Jahr prangte der Petersdom mit diversen Narren auf einer fiktiven Fasnachtslaterne. Lächerlich gemacht wurde der Peterspfennig:

«Um zu gehorchen, ganze Länder darben,
Beisteuern muss das Volk, wer fragt, ob's mag?
In Rom verschlingt s'Concilium die Garben,
Genussvoll prassend schon an einem Tag.»[126]

Das waren Seitenhiebe allgemeiner Art. Konkreter waren später die Angriffe aufs BV:

«Ein Wunder.
18. Februar. Die gestern zur Ausgabe gelangte Nummer des Volksblattes enthielt keine einzige grobe Lüge und Verläumdung. Es sollen in Folge dieses allerdings sehr auffälligen Redactionsmissgriffs viele Leser des Blattes mit Aufgabe ihres Abonnements gedroht haben, falls sich dergleichen noch einmal wiederholt.»[127]

Die Fasnachtszeitung «Basels Fastnachts-Laternen» von 1870 nahm in verschiedenen Darstellungen die geplante Unfehlbarkeitserklärung aufs Korn.

Oder 1884, anlässlich der Aufhebung der katholischen Schule:
«Klein, Burkart, Falk-Trifolium
Wie geht das Volksblatt mit Dir um!»[128]

Aber auch schon politische Absichten fanden ihren Niederschlag im ABC für die künftigen Grossratswahlen:

«Ultramontaner Candidat
Bei uns keine Aussicht hat!»[129]

Und nochmals die Aufhebung der katholischen Schule:

«Rom mit siner schwarze Macht
D'Schuel vo Basel überwacht,
Husprälat isch ihre Hüeter,
D'Lehrer sinn nur Ordensbrüeder,
D'Propaganda lieferet s'Geld,
Wenn's am Nervus Rerum fehlt.»[130]

1883 war Pfarrer Jurt nämlich zum päpstlichen Hausprälaten ernannt worden[130a]. Auch darüber spottete die Basler Narrenzeitung[131]:

«Den Viertel eines Jahrhunderts hat
Herr Jurt die Herde stramm geweidet,
Bis endlich gegen ihn zu neckischer Tat
Ein Rudel Böcklein (die ‹Roma›, M.), dem's verleidet,
Herangebolzt. Zum Troste, siehe da! schickt,
Nachdem besucht die Petersschwelle,
Der Papst ein Röcklein, bunt und künstlich gestickt,
Dass er der Herde vor sich stelle
In «Hausprälatenwürde»! Mahnet ja fast
An Abraham von Sankta Claren…»

1889 war die Proporzinitiative ein Sujet:

«Kein Stimmkampf tobt in Zukunft mehr,
Kein Streit entsteht bei Wahlen,
Man holt nur schnell die Formel her
Von den Proportionalen!…
Dort drüben (in der Burgvogtei, M.) sassen wunderbar
Herrn Jurts bewährte Christen
Und der Quartiervereinler Schar
Bei roten Sozialisten…»[132]

Auch die Bemühungen um ein katholisches Vereinshaus gaben Anlass zu Versen am Rande des guten Geschmacks:

«Die römische Katholike
Sie sinn zum Bschluss jetzt ko,
Sie welle lo errichte
E katholisch Kasino.

Mer mögene das scho gunne
Zuem e neue Gsellehus
Doch sotte sie bald au lo baue
E katholisch Narrehuus…

Das wär für mänge fromme Franz
Denn Narre hänn sie gnue,
Me seht's an ihrem Firlifanz
Und an dämm dumme Thue.»[133]

Aber das Fass zum Überlaufen brachte ein Schnitzelbankhelgen an der Fasnacht von 1895. Anlass war die plötzliche Umnachtung eines Geistlichen, der in der Marienkirche die Messe las.

«Me ka's fast nit begriffe
Und s'isch au wirklich rar
Dass d'Priester sich vergriffe
In der Kirche bim Altar.
Das isch fromm und edel
Mir wänn si mache lo
Si tien us ihre Schädel
Nur d'Sünde useschlo…»[134]

Am 11. März 1895 geisselte Redaktor Fäh im BV diesen und andere Ausrutscher: «Die eben zu Ende gegangene Fastnacht bot in allen Teilen wieder das alte betrübende Bild. Mehr als sonst galt es wieder, gegen den Katholizismus, gegen die Geistlichkeit und gegen katholische Politik unter dem Schein ‹harmlosen Fastnachtshumors› loszuziehen. Da waren wieder die alten dickbäuchigen Kapuziner mit versoffenen Larven oder spindeldürre Jesuiten mit Klauen zu sehen, teils als Tambouren, dann als Zugsbegleiter oder aber auch abgebildet auf den Transparenten. Dasjenige des Männerchors, der übrigens zu seinen Aktiv- und Ehrenmitgliedern gute Katholiken zählen soll, war förmlich gespickt mit solchen Figuren.»

Im Zusammenhang damit brachte Fäh Beschlüsse der Versammlung des KV vom 7. März zur Kenntnis. Demnach wollte man vor der nächstjährigen Fasnacht die Regierung ersuchen, derartige Anspielungen, die die religiösen Gefühle der Katholiken verletzten, zu verbieten. Ein entsprechender Aufruf sollte auch in der Tagespresse ergehen. «Sollten diese Schritte ohne Erfolg sein, so verpflichten sich die sämtlichen 200 anwesenden Mitglieder,… dem schändlichen Treiben mit Gewalt entgegenzutreten.» Doch hier hatte der BV-Redaktor wohl etwas herausgehört, was nie beschlossen worden war. Jedenfalls musste er in einer späteren Ausgabe, am 21. März, einen Rückzieher machen und feststellen, dass von Gewaltanwendung nie die Rede gewesen sei.

1896 hielt das KV-Protokoll vom 16. Februar die Reaktion der Regierung auf das Gesuch des KV fest: «Wir haben aus Anlass Ihrer Petition … das Polizeidepartement angewiesen, alles dasjenige zu verhindern oder zu unterdrücken, worin mit Recht eine Verspottung der katholischen Kirche als solche erblickt werden könnte.»

Doch den Unfug ganz abzustellen, gelang offenbar nicht. Jedenfalls beklagte sich am 25. Februar 1900 das BV wiederum darüber, dass «Kapuziner in den Kot gezogen» würden. Überschrift des betreffenden Artikels: «Wo bleibt die Polizei?»

Dass die Katholiken trotz alledem keine grundsätzlichen Fasnachtsgegner waren, ist bei Gantner (S. 159 ff.) nachzulesen.

15. Die Grossratswahlen 1884–1902

Grossratswahlen 1884

Nur wenige Monate nach der Aufhebung der katholischen Schule fanden Gesamt-Erneuerungswahlen in den Grossen Rat statt. (Bei Vakanzen während der Wahlperiode rückten nichtgewählte Kandidaten nicht einfach nach, wie das heute der Fall ist, sondern es fanden Nachwahlen statt.

Nachwahlen gab es auch für jene Kandidaten, welche das absolute Mehr in ihrem Quartier nicht erreicht hatten. Gewählt wurde quartierweise; es gab neun Quartiere: St. Johann, Spalen, Stadt, Steinen, Aeschen, St. Alban, Riehenquartier sowie das Innere und das Äussere Bläsiquartier.)

In einer Einsendung ans BV vom 17. April 1884 nahm ein B.-Korrespondent – wer sich dahinter verbarg, wissen wir nicht – zu den Wahlen Stellung. «Für selbstverständlich halte ich es, dass die stimmberechtigten katholischen Wähler in allen Quartieren wie ein Mann für die Wiederwahl derjenigen Grossräte eintreten, die während der Schuldebatte ihre Popularität einsetzten, um den bedrohten katholischen Mitbürgern mit ihren Voten zu Hilfe zu kommen.» Auf keinen Fall sollten jene eine Stimme erhalten, welche für die «Vergewaltigung unserer Privatschule» gestimmt hatten. Wenig Verständnis zeigte der Schreiber für die Aufstellung katholischer Kandidaten. Einerseits fürchtete er die Aufstellung von «liberalisierenden, ins Radikale schillernden Taufscheinkatholiken». Meinte er wohl damit den Katholiken Cesar Vicarino? Dieser war lange freisinniger Grossrat – übrigens sprach er in den Sitzungen immer französisch[136]. Anderseits befürchtete er Unruhe oder Zwiespalt in der katholischen Gemeinde, wenn zwei, drei Konfessionsgenossen vor anderen bevorzugt würden.

Die Liste des KV bestand denn auch praktisch ausschliesslich aus Kandidaten des konservativen eidgenössischen Vereins[137]. Allerdings mit einer Ausnahme: im Aeschenquartier wurde Ernst Feigenwinter aufgestellt. Richtete sich der mahnende B.-Artikel gar gegen seine Person? Natürlich hatte Feigenwinter keine Chance, gewählt zu werden. Er erhielt lediglich 179 Stimmen, bei einem absoluten Mehr von 304. Überhaupt war das Ergebnis der Wahlen ein grosser Sieg der Radikalen. Sie kamen auf 90 Vertreter gegenüber 38 Konservativen und sogenannten Vermittlern. «Unsere schlimmsten Befürchtungen haben sich erfüllt», schrieb das BV vom 1. Mai 1884.

Der erste Grossrat des Katholikenvereins (1886)

1886 fanden Nachwahlen in den Grossen Rat statt, und da fand die Kommission des KV, «dass es hohe Zeit sei, dass der KV sich aufraffe und mit voller Energie darauf dringe, einmal eine Vertretung im Grossen Rat zu erhalten». Bestärkt in ihrem Vorhaben wurde die Kommission durch einen Leserbrief im BV vom 6. März 1886, der im Grunde die Bildung einer eigenen Partei forderte. Wenn man nur «sich fast willenlos den Quartiervereinen» ergebe und hinter dem Eidgenössischen Verein drein humpele, dürfe man nicht viel erwarten… Anmerkung der Redaktion (Feigenwinter): «So ganz unrecht hat

der Mann nicht, doch kommen hier Faktoren in Betracht, welche der Herr Einsender zu wenig gewürdigt.» Die Kommission schlug nun vor, «die ganze Kraft diesmal auf Kleinbasel zu konzentrieren und für die beiden erledigten Grossratssitze im Riehen- und Inneren Bläsiquartier zwei Katholiken zu portieren, und zwar für das Riehenquartier Herrn G. Hediger-Siegrist und für das Innere Bläsiquartier Herrn J.J. Hauser-Bussinger. Der Herr Präsident bemerkt im fernern, dass Herr Hediger auch vom konservativen Quartierverein Kleinbasel und vom Eidg. Verein aufgenommen sei, dessen Wahl bei zahlreicher Beteiligung der Katholiken daher gesichert sein dürfte.»[138] Weniger sicher schien die Wahl des Präsidenten der RKG, Hauser, da der Eidg. Verein sich auf den Zimmermeister Riesterer geeinigt hatte. Hauser hatte infolgedessen weniger Chancen, er wurde auch in der Nachwahl nicht gewählt. Hingegen gelang Hediger im ersten Anlauf der Sprung in den Grossen Rat, was natürlich bei der katholischen Bevölkerung der Stadt grosse Freude verursachte. «Die Begeisterung war eine allgemeine und feurige», berichtet das Protokoll von der ausserordentlichen Versammlung vom 25. März, und im BV war zu lesen: «Wir wollen hoffen, dass unsere katholische Bevölkerung die ihr gebührende Berücksichtigung immer mehr finden werde. Doch da tut es not, dass alle Katholiken treu zusammenstehen.»[139] In derselben Nummer wurde dem Grütliverein der Kopf gewaschen, der sich in den BN darüber beklagt hatte, dass die Katholiken Kleinbasels mit einer eigenen Wahlliste aufgetreten seien, statt die Arbeiterkandidaten zu unterstützen. Dabei hätten doch die Katholiken jede Gelegenheit benützt, um in Arbeiterfreundlichkeit zu machen. Im BV wurde nun erwidert, schliesslich hätten auch die katholischen Arbeiter das Recht, ihre Lage zu verbessern. Deshalb seien ihre Ziele oft dieselben, wie sie der Grütliverein verfolge, doch wann habe sich dieser je für Katholiken eingesetzt? Im Gegenteil, als es um die katholische Schule gegangen sei, standen die Arbeiter «in hellen Haufen damals in der Burgvogtei und schrieen und brüllten ‹Bravo›, als die Losung ausgegeben wurde: ‹Fort mit den katholischen Bettlern und Vaganten aus der Schule!›» – Übrigens wurde damals Wullschleger statt Hauser in den Grossen Rat gewählt.

Grossratswahlen 1887

Für heutige Verhältnisse spät, aber wie damals üblich erst Anfang April beschäftigte sich der KV 1887 mit den anstehenden Grossratswahlen. In der ersten Versammlung der «Vertrauensmänner» wies der neue Präsident des KV, Ernst Feigenwinter, darauf hin, «dass wir Katholiken uns mehr und mehr als selbständige Mittelpartei organisieren müssten». Man war voller Optimismus, wählte für die einzelnen Quartiere Wahlkommissionen, welche Kandidaten suchen sollten; und die zweite Versammlung «löst sich um zehn Uhr unter allgemeiner Begeisterung» auf[140]. Denn offenbar baute man auf die Fairness des Eidgenössischen Vereins und hoffte, etliche der zwölf aufgestellten Kandidaten durchzubringen. Diese Allianz wurde aber erst wenige Tage vor den Wahlen publik und später von der freisinnigen Presse scharf kritisiert. «Es ist bekannt, dass die radikalen Blätter es als einen Verrat an der protestantischen Landeskirche bezeichneten,

wenn Protestanten sich dazu herbeiliessen, ultramontane Katholiken als Grossräte vorzuschlagen.»[141] Einen Angriff auf den einzigen katholischen Grossrat hatte der «Katholik», ein «altkatholisches Blättlein» (BV), schon früher lanciert: «Es ist bekannt, dass der harmlose Spediteur und Eisenbahnagent Hediger-Siegrist bloss das Sprachrohr des Advokaten Ernst Feigenwinter ist, der die Geschäfte des Ultramontanismus in der Reformationsstadt Basel besorgt.»[142] Bei den Katholiken war die Enttäuschung riesig – vor allem auch über das Wahlverhalten der Konservativen –, als sich herausstellte, dass nur ein einziger Katholik gewählt worden war. Dies war nicht etwa Hediger, noch viel weniger der bei Nichtkatholiken offenbar höchst verdächtige Feigenwinter, sondern der im St. Albanquartier aufgestellte, offensichtlich populäre Dekorationsmaler Louis Schwehr, KV-Mitglied. Auch die eine Woche später stattfindenden Nachwahlen brachten nichts Positives. Die Teilnahme der Katholiken dabei war stark zurückgegangen. «Die Ursache dieser leidigen Erscheinung suchen wir in der Misstimmung gegen die Unzuverlässigkeit der Konservativen und in der allerdings irrigen Ansicht, jede Beteiligung sei doch aussichtslos.»[143] Die Animosität gegen die Katholiken war eben immer noch beträchtlich. «Wir können niemals zugeben, dass die Katholiken als eigene Partei auftreten.» So äusserte sich «ein sehr einflussreicher Mann der rechtsstehenden Parteien Basels» gegen die Aufstellung katholischer Kandidaten[144]. Die Verbitterung über diese «seitens der konservativen Protestanten angediehene schnöde Behandlung» war noch bei den Nachwahlen im September zu spüren[145].

Dabei gelang damals einem zweiten Katholiken der Sprung in den Grossen Rat, dem Bauunternehmer Gregor Stächelin, allerdings als Kandidat der Freisinnigen. Stächelin war 1870 von Istein nach Basel gekommen, hatte mit eigenen Hausbauten Erfolg gehabt und auch die Krise um 1880 glücklich überstanden. Zu seiner Aufstellung auf der freisinnigen Liste meinte er später, in seinen Erinnerungen: «Ich stimmte zu, allerdings mit dem Vorbehalt, dass ich als Katholik in religiösen Fragen den Standpunkt meiner katholischen Überzeugung einnehmen werde. In wirtschaftlichen und rein politischen Angelegenheiten konnte ich mich den damaligen Anschauungen und Prinzipien der freisinnigen Partei anschliessen.»[146] Stächelin war Grossrat von 1887–1896, daneben auch Mitglied des KV, und wieder von 1908 an bis in die zwanziger Jahre, nun als Vertreter der Katholischen Volkspartei.

Bei den Nachwahlen 1889 unterstützte der kath. Quartierverein Kleinbasel einen Sozialdemokraten, allerdings nur «offiziös», wie es heisst[147]: den Lehrer und «praktizierenden Katholiken» Adam Müller-Ott, der «einen guten Ruf als Betreuer von Arbeiterkindern» genoss[148].

Grossratswahlen 1890

Die Vertrauensmännerversammlung beschloss im April 1890 auf Antrag von Grossrat Louis Schwehr, es «stellt der KV eine Liste auf von Kandidaten, welche als Anhänger des proportionalen Wahlverfahrens bekannt sind und behält sich ausserdem vor, in geeigneten Quartieren katholische Kandidaten aufzustellen. Ferners: Wo verdiente

Radikale, die nicht als notorische Kulturkämpfer bekannt sind, zur Komplettierung der eigenen Wahlliste von anderen Listen allfällig genommen werden könnten, soll es geschehen.»[149]

Oder anders gesagt: Man war auf das Wohlwollen anderer Parteien angewiesen, hatte aber unter Umständen die Möglichkeit, über Wahl oder Nichtwahl fremder Kandidaten zu entscheiden. Aber warum kein Bündnis mit der Minderheitspartei Arbeiterbund (später SP) abschliessen, die in mancher Hinsicht die gleichen sozialen Anliegen vertrat? Darüber äusserte sich das BV am 23. April 1890: «Denn was uns Katholiken ewig und unversöhnlich von jener Partei trennt, das ist der Materialismus, den auf geistigem und wissenschaftlichem Gebiete die Sozialdemokratie pflegt und den sie auf politischem Gebiete im Staate zu verwirklichen sucht.»

Dabei nahm die Arbeiterpartei auch Katholiken auf ihre Liste; der «Arbeiterfreund» vom 26. April meinte aber dazu: Es «ist sich jedoch niemand mehr als wir des grundsätzlich unversöhnlichen Gegensatzes zwischen Sozialdemokratie und Ultramontanismus bewusst»[150].

Gewählt wurden von der katholischen Liste nur vier Kandidaten: Louis Schwehr, Gottfried Hediger, Gregor Stächelin und Adam Müller-Ott, Hediger allerdings erst in den Nachwahlen. Stächelin und Müller kandidierten eigentlich für andere Parteien. Feigenwinter reichte es wiederum nicht zur Wahl, ebensowenig wie Hauser, Dr. Josef Fahm oder Peter Leuthardt.

Erstmals wurde 1890 auch der Regierungsrat vom Volk gewählt. Auch dazu gab es eine Empfehlung des KV. Für den Altkatholiken Philippi schlug man den Arbeiterkandidaten Albert Huber vor, auch aus Gründen des Proporzes. Huber wurde aber nicht gewählt[150a].

Für die Nachwahlen schloss die Arbeiterpartei einen Kompromiss mit den Freisinnigen ab und opferte die Katholiken, «da deren Führer, vor allem Feigenwinter, auf gewisse Freisinnige wie ein rotes Tuch wirkten»[151].

Grossratswahlen 1893

«Wer regiert in Basel?» so fragte wenige Tage vor den Wahlen 1893 das BV[152]. Ja, die Radikalen – aber wer von den Radikalen? Die radikale Bürgerschaft insgesamt? Nein, denn die Basler seien ganz unpolitisch. Ausnahme seien der Gewerbeverein, also die Handwerker, und die zahlreichen ostschweizerischen demokratischen Elemente. Aber die träten nur bei Wahlen und Abstimmungen hervor. Der Verfasser fuhr fort: «Dem Schreiber dieser Zeilen sagte vor zehn Jahren ein alter, geriebener Basler Politikus: ‹Bei uns regieren drei Gesellschaften, die Alt-Zofinger, das Vereinshaus[153] und die Zentralbahngesellschaft.›» Doch heute scheine die Macht der Konservativen oder des «frommen Basel» gebrochen. Hingegen verhandle noch heute die Zentralbahngesellschaft mit der Regierung von gleich zu gleich. «So ist das überhaupt der Charakter unserer heutigen Parlamente und unserer parlamentarischen Wirtschaft, dass die Verwaltungsräte der grossen Aktiengesellschaften der Banken, Bahnen, Industriegesellschaften sich das

Übergewicht zu verschaffen gewusst haben... So kommt es ganz von selbst, dass diese Gesellschaften, wenn es auch nicht äusserlich zur Erscheinung gelangt, so doch tatsächlich die Fäden des Regiments in ihrer Hand haben.»

Wiederum kandidierten 1893 in allen zehn neu eingeteilten Quartieren Katholiken oder katholische Kandidaten anderer Parteien auf der Liste des KV. Die Mehrzahl der Aufgestellten waren aber wie üblich Konservative, daneben auch Sozialdemokraten. Gewählt wurden im ersten Wahlgang Schwehr, Hediger und der Kleinbasler Arzt Dr. Josef Fahm. Für die Stichwahlen wurde beschlossen, «unter allen Umständen wenigstens an der Kandidatur des Ernst Feigenwinter festzuhalten... Es wird vereinbart, die ganze Agitation diesmal speziell ins Riehenquartier zu werfen, wo Ernst Feigenwinter steht»[154]. Am 30. April traf man sich im «Lamm». «Das Lokal ist vollgepfropft. Gehobene, begeisternde Stimmung: Es gilt die Wahl von Dr. Feigenwinter in den Grossen Rat zu feiern. Ein ‹heisses Sehnen› der Katholiken Basels ist in Erfüllung gegangen... Gesang und Musik!»[155]

1894 trat Regierungsrat Falkner zurück. Als Nachfolger kamen der Konservative Stehlin, der Freisinnige Dr. Göttisheim und der den Sozialdemokraten nahestehende Kantonsbaumeister Reese in Frage. Nicht zuletzt um eine Wahl des kulturkämpferischen Göttisheim zu verhindern, schlugen sich die Katholiken vehement auf die Seite Reeses, dem «Fachtüchtigkeit, Unparteilichkeit und religiöse Duldsamkeit» nachgesagt wurde[156]. Reese wurde denn auch gewählt – der KV hatte den Ausschlag gegeben. Das BV vom 14. Dezember 1894 reagierte wie folgt:

«Die Regierungsratswahl vom letzten Sonntag wird von Freund Uli Dürrenmatt unter der Aufschrift ‹Hiobspost aus Basel› so ergötzlich besungen, dass wir nicht umhin können, diese gelungene Weise zum Abdruck zu bringen:

Von Basel aus der guten Stadt
Ist Hiobspost gekommen,
Dort hat der Rothen Kandidat
den Ratsherrnsitz genommen.
Ein Rother im Regierungsrat,
Es ist nicht aufzuheben –
Ein sozialer Demokrat,
Was müssen wir erleben!
Wählt Stehlin oder Göttisheim
Wählt zwischen Gut und Böse!
Da wählt das Volk den schlimmsten Reim,
Und stimmt dem rothen Reese.
Wer hat den Sieg zustand gebracht?
Ein Häuflein Katholiken
Die sonst sich in die Übermacht
Als Unterdrückte schicken!»

Grossratswahlen 1896 und 1899

Die Situation hatte sich 1896 und 1899 nicht verändert. Im wesentlichen übernahm der KV wieder die Liste der Konservativen und reicherte sie mit etwa einem Dutzend eigener Kandidaten an. Aus Gründen des Proporzes stellte man auch sieben Sozialdemokraten auf. Erst am 23. April 1896, dem Donnerstag vor den Wahlen, fand die definitive Aufstellung der Kandidaturen durch die allgemeine Wählerversammlung des KV statt.

Gewählt wurden Schwehr und in den Nachwahlen Hediger und Feigenwinter. Der neue Grosse Rat zählte nun 70 Freisinnige, 42 Konservative, 11 Sozialdemokraten, 4 Leute des Zentrums und 3 Katholiken. Dr. Fahm hatte eine Wiederwahl abgelehnt. – Wie aber kam die sozialdemokratische Partei zu elf Vertretern? Sie hatte für die Nachwahlen mit den um ihre Mehrheitsstellung besorgten Freisinnigen einen Kompromiss abgeschlossen, ein Wahlbündnis, das die anderen Parteien «Würge-Allianz» nannten[157].

Die Stimmung unter den Katholiken war eher gedämpft: «Das Wahlresultat ist, wenn auch kein glänzendes, doch auch kein solches zum Verzagen.»[158]

1897 zog Peter Leuthardt-Thornton, der Sohn des ehemaligen Katholikenführers, in den Bürgerrat ein, «seit den Tagen der Reformation der erste Katholik»[159].

1898 wurde in Nachwahlen der Baumeister Florentin Acker als vierter katholischer Grossrat gewählt.

1899 erwarteten «der Vorstand des KV Basel und die Ausschüsse der katholischen Quartiervereine», wie es nun hiess, vom neuen Grossen Rat nicht weiterhin «eine andauernde leichtfertige Finanzwirtschaft», besonders gegenüber den Forderungen des Baudepartements, sondern u.a. rasche Verwirklichung der sozialen Forderungen, vor allem der Arbeitslosenversicherung, und ein neues Einbürgerungsgesetz. Daran war der KV mit seinem hohen Ausländeranteil besonders interessiert. Unentwegt trat man auch für den Proporz ein. Im wesentlichen übernahm man wieder die Liste der Konservativen. Louis Schwehr kandidierte nicht mehr. Seine Gründe finden sich in einem Brief an Ernst Feigenwinter[160]. Sie sind recht interessant: Schwehr hat Schwierigkeiten im Geschäft infolge «der Verdorbenheit der von allen Seiten verhetzten Arbeiter». Ferner wollen ihn die Radikalen und Sozialisten aus dem Grossen Rat herausdrängen, aber «vor meinen übrigen Kollegen (des Albanquartiers, M.), welche durchweg grosse Herren sind, krümmen sie sich wie ein Wurm». Und drittens: «Ich bin mit der Zeit der grösste Gegner des Proporzes geworden.»

Auf der KV-Liste fanden sich (als katholische Kandidaten) ein Advokat, ein Arzt, ein Bankier, drei Kaufleute, zwei Baumeister, zwei Handwerksmeister, ein Staatsangestellter, ein Partikular (Rentner, M.). Kein Handwerker, kein Arbeiter, kein Taglöhner; nur Angehörige der Ober- und Mittelschicht. Aber vielleicht hatten bei den damaligen Arbeitszeiten Angehörige der Unterschicht einfach keine Zeit zum Politisieren?

Gewählt wurden 1899 Hediger, Feigenwinter, Acker. Man musste sich also wieder mit einer Dreiervertretung begnügen.

ist, dass durchschnittl. = 8 gerechten Lohn", die gesellschaftliche Würde des Menschen", – die sittlichen & christlichen" des Meisters gegen seine Arbeiter etc. Die Diskussion wird fleißig benützt, z.B. von den HH. Dr. Feigenwinter, Lt. Schweler, Finsterwalder, Pfr. C. Weber & dem Referenten. Die beiden letztern Herren gerieten gegenüber Hrn. Dr. Feigenwinter denn namentlich auf den katholischen Standpunkt gegenüber den Socialdemokraten überfügt, mit denen es sich nun einmal nicht „liebäugeln läßt."

Sitzung des Ausschusses vom 28. März 1893.

Abwesend sind die HH. Jos. Stoermann & Paul Frum, beide entschuldigt. Traktandum: Regierungs- & Großrathswahlen 22/23 April. Hr. Dr. Feigenwinter giebt ein mündliches Exposé über die politischen Dinge in Basel & schlägt mit den Vorschlägen, in den Wahlkampf einzutreten. Wird einstimmig beschlossen, auf den 6. April eine erweiterte („Vertrauensmänner") Versammlung zur definitiven Beschlußfassung in Sachen einzuberufen.

Als offizielle Delegirte des K.V. an den „Arbeitertag" von Biel ( ) werden die HH. Zimmermann, Hurt & Carl Reinert erbeyrobert. — Hr. C. A. Bruhin, Küsnacht, verlangt Abrechnung betreffs der dem K.V. im Juli 1892 zugestellten Kartei seines Lehrgedichtes der Kultischwur" (Sundbschft vom 1. & 2. Aug. 1891). Obwohl verhältnismäßig wenige Exemplare abgesetzt wurden, wird doch beschlossen, den Rest fest zu übernehmen.

Vertrauensmännerversammlung vom 6. April im Hotel zum „Goldenen Lamm".

Als Traktandum liegt die Besprechung der Großrathswahlen vor. Hr. Präsidt. Pfr. Weber eröffnet die Diskussion. Hr. Dr. G. Feigenwinter referirt zunächst über die politische Lage in Basel. Er ist der Meinung, daß die Katholiken zur Frage entschiedene Stellung nehmen & der K.V. mit aller Kraft in den Wahlkampf eintreten solle. Hr. Großrath.

Seite aus dem dritten Protokollbuch des Katholikenvereins von 1893. Nicht immer lassen sich die Eintragungen der Protokollbücher so leicht entziffern.

Grossratswahlen 1902

Letztmals wurde der Grosse Rat 1902 nach dem Majorzsystem gewählt. Immer noch waren die Radikalen der Hauptgegner. In einem flammenden Aufruf im BV[161] wurden ihnen ihre Sünden vorgehalten: Aufhebung der katholischen Schule, Verwerfung des Proporzes, Fernhalten der Katholiken von der Staatsverwaltung. Finanzieller Ruin und volle Korruption stünden bevor, denn die Radikalen schüfen neue Staatsämter, «wo sie sich und ihre Freunde versorgen». Sie errichteten «stets neue Staats- und Luxusbauten». Korrektionen von Strassen und Plätzen erfolgten ins Blaue. Derweil würden «wir römisch-katholische Bürger nur noch in den niederen Staats-Ämtern geduldet», dafür hätten wir zu den Kultuskosten zweier Landeskirchen mit unseren Steuern beizutragen. «Unser Stimmzettel ist unsere einzige Waffe... Helfet stürzen den geschlossenen Ring der radikalen Ausbeutung und Tyrannei!»

Man verband sich wieder mit den Konservativen und stellte fünfzehn Kandidaten auf. Nicht mehr dabei waren Ernst Feigenwinter (aus beruflichen Gründen?) sowie Florentin Acker, der die Partei gewechselt hatte und nun als Freisinniger kandidierte – «Grossspekulant» nannte ihn ein grimmiger Feigenwinter im BV[162].

Gewählt im ersten Wahlgang wurde nur Hediger. Erst in den Nachwahlen kamen noch der Arzt Dr. A. Adam und der Zimmermeister Damian Meyer-Böhmler, beide aus dem Spalenquartier, dazu. Ein sehr bescheidenes Resultat also. Noch hatte sich nicht erfüllt, was das BV in seinen Wahlbetrachtungen[163] gefordert hatte: «Das ist für den nächsten Wahlgang die Hauptlehre: enger Zusammenschluss der Konservativen, Sozialdemokraten und Katholiken, um die Zwingburg der radikalen Ausschliesslichkeit zu stürzen!»

Da war es den Sozialisten entschieden besser ergangen. Da der Freisinn um seine Mehrheit besorgt war, nahm er nicht weniger als zwanzig Sozialdemokraten auf seine Listen. Wiederum spielte also die «Würgeallianz»[164]. So kam die Linkspartei auf 22 Vertreter.

Wie stark die Katholiken wirklich waren, sollte sich erst 1905 weisen. Für die Regierungsratswahl wurde Stimmenthaltung beschlossen.

1903 starb Gottfried Hediger, der erste katholische Grossrat und langjähriger Gemeindepräsident. Als sein Nachfolger wurde im Mai 1904 der junge Präsident des KV, Dr. Albert Joos-Stamminger, Advokat und Hauptmann im Basler Bataillon, gewählt.

Wenn wir die zwanzig Jahre zwischen der ersten Aufstellung eines eigenen Kandidaten, 1884, und dem Jahr der Einführung des Proporzes, 1905, überschauen, so können wir feststellen, dass die Katholiken nie mit mehr als vier Männern im Grossen Rat vertreten waren – wahrlich nicht gerade eine übermässige Vertretung, auch wenn man bedenkt, dass lange nicht alle Katholiken ihr Heu auf der gleichen politischen Bühne hatten wie der KV. Auch war ja ein grosser Teil der knapp 40% Katholiken in der Stadt Ausländer. Die Gewählten kamen jeweils nur dank den relativ toleranten Konservativen in den Rat; an ein enges Zusammenspannen mit der Sozialdemokratie dachten die

Katholiken nicht, schon gar nicht 1902, als man sich durch die «Würgeallianz» richtig verraten vorkam. «Die sozialdemokratische Partei hat sich in takt- und grundsatzloser Weise von den übrigen Minderheitsparteien losgesagt... keinem Sozialdemokraten der freisinnigen Liste eine Stimme», hiess es deshalb im BV vom 3. Mai 1902.

Neben den vom KV herkommenden Kandidaten gab es allerdings immer wieder über andere Listen gewählte Katholiken, die von Haus aus praktizierend waren und auf die man in weltanschaulichen Fragen zählen konnte: Gregor Stächelin, Müller-Ott, Vicarino und schliesslich auch Acker.

Der unentwegte Kampf um Sitze im Grossen Rat zeigt deutlich, dass der KV nicht nur im kirchenpolitischen Bereich, sondern vor allem auch in wirtschaftlichen und sozialen Fragen gewillt war, an der Basler Politik aktiven Anteil zu nehmen.

16. Die Tätigkeit der katholischen Grossräte

Lange genug hatten die Katholiken beklagt, dass keiner der Ihren den katholischen Standpunkt zu den behandelten Fragen im Grossen Rat darlegen konnte. Betrachten wir nun die Tätigkeit der katholischen Vertreter im Rat, so interessiert uns die Frage, ob im Zentrum ihres Handelns konfessionell bedingte oder, wie oft üblich, standespolitische Interessen standen.

Hediger wurde im Frühjahr 1886 gewählt. Erstmals ergriff er am 8. November 1886 das Wort (sofern das BV kein Votum unterschlagen hat, was eher unwahrscheinlich ist).

Zur Debatte stand die Änderung des § 84 des kantonalen Strafgesetzes: Öffentliche Gottes- oder Religionslästerung sollte nun nicht mehr unter Strafe stehen. Dagegen wehrte sich Hediger. Da müsste man sich ja z.B. «eine Verhöhnung und Beschimpfung des schönen Wahlspruchs ‹Unsere Seelen Gott, unsere Leiber den Feinden!› gefallen lassen.»[165]

Es ist bezeichnend für sein taktisches Geschick, dass sich Hediger ausgerechnet ein Zitat aus dem vor allem beim Freisinn beliebten Umfeld der Schlacht von St. Jakob als Beleg ausgesucht hat.

Sein Votum war aber erfolglos: Die Änderung des § 84, der nur Strafen bei Störungen gottesdienstlicher Handlungen in Kirchen vorsah, wurde mit 61 Stimmen angenommen[165a].

Eine nächste Attacke ritt Hediger am 13. Dezember gegen das Stadttheater – ein auch später bevorzugtes Angriffsziel katholischer Grossräte. Hediger fand eine Subvention an dieses Institut unnötig, denn ein «Komiker-Ehrenabend», den er besucht hatte, war «frivol und unanständig». – Am 14. Februar 1887 griff Hediger ein Thema auf, das, mit Unterbrüchen, bis weit ins nächste Jahrhundert immer wieder hervorgeholt werden sollte: die Ungerechtigkeit nämlich, dass die Katholiken mit ihren Steuergeldern den protestantischen Kultus mitfinanzieren mussten, selber aber vom Staat keinen Rappen erhielten. Allerdings hielt dieser Argumentation schon kurz darauf ein Leserbrief im

BV[166] entgegen, die Katholiken seien mit dem status quo zufrieden, da man sie unentgeltlich die Clarakirche benützen liesse.

Übrigens erfährt man durch dasselbe BV Interessantes über die Arbeitsmoral des Grossen Rats am 7. November 1887: «Wie gewöhnlich glänzte ein Drittel der Mitglieder durch Abwesenheit.» Am 9. November 1891 heisst es: «Entschuldigt abwesend 81 Mitglieder.»

Grossrat Schwehr, der Hediger ablöste, ergriff selten das Wort, meist zu gewerblichen Fragen. Immerhin vertrat er zur kantonalen Verfassungsreform 1889 den katholischen Standpunkt.

1892 waren Schwehr und Hediger wieder beide im Grossen Rat, als es um die Bewilligung von 700000 Franken für die projektierte Matthäuskirche ging. Schwehr enthielt sich der Stimme, da er sich nicht in Angelegenheiten einer anderen Konfession einmischen wollte, fand aber, man solle «nicht knausern». Hediger stimmte dafür – die Katholiken würden mitzahlen, also könne er auch mitstimmen. Sein Wunsch: die reformierten Glaubensbrüder sollten die Kirche dannzumal «auch von innen sich ansehen»[167].

1893 wurden die zwei bisherigen katholischen Grossräte durch Dr. Fahm, von dem man wenig merken sollte, und Ernst Feigenwinter verstärkt. Dieser, als homo politicus par excellence, ergriff häufig das Wort, oft zu juristischen und gesetzgeberischen Fragen, aber auch zu Tagesfragen, wie am 28. September 1894 zur eventuellen Übernahme der Burgvogtei durch den Staat.

Im August 1894 plante nämlich der katholische Gesellenverein den Erwerb der Burgvogtei, um darin ein grosses Kost- und Logierhaus für in Basel arbeitende Gesellen einzurichten, wie dies schon in andern Städten geschehen war. Die Benützung des grossen Saales für öffentliche Versammlungen und festliche Anlässe durch Aussenstehende sollte aber keine Änderung erfahren. Der Kaufpreis, 335000 Franken, war bereits notarisch gefertigt worden. Es fehlte nur noch die Genehmigung durch die Generalversammlung der Aktionäre der Burgvogtei. Da wurde die Regierung offenbar durch einen Artikel alarmiert, der Ende des Monats in der NZ erschienen war[168], in welchem unter anderem zu lesen war: «Für das gesellschaftliche Leben Basels muss der Übergang der Burgvogtei aus den bisherigen neutralen Händen in diejenigen der ultramontanen Partei als ein schwerer Schlag empfunden werden. Ungleich schwerer aber trifft es den in Basel so regen und tätigen protestantischen Geist.» Um den Handel im letzten Augenblick zu verhindern, bot die Regierung, laut Feigenwinter, 15000 Franken mehr. Doch am 22. September informierte das Finanzdepartement den Regierungsrat, die Sache habe sich erledigt: «Es gelang nämlich einem Konsortium von Privaten mit Konnivenz (Duldung, M.) der Verwaltung unter der Hand die Mehrheit der Aktien zu erwerben.»[169] In einer ausführlichen Interpellation fragte nun Ernst Feigenwinter die Regierung an, ob diese Geschichte der Wahrheit entspreche, denn heute, am Ende des 19. Jahrhunderts, falle es schwer zu glauben, «dass Gesichtspunkte irgend eines engherzigen, intoleranten Konfessialismus bei den Entschliessungen der hohen Regierung könnten mitgewirkt haben»[170]. «Will man etwa zur Verbesserung des Bieres von Staats wegen eine Muster-

No. 1. **Carnevals-Nummer.** **Saison 1900/1.**

Babilons Theater-Anzeiger.

Lehrschulen 21-1

Verlag der Aeschlemer.

Stadttheater in Babilon.

Donnerstag, am 7. des Narrenmonats 1901

Vorstellung ausser Abonnement

Der subventionirte Sündenpfuhl

oder

Das Ketzertheater

Tragikomische Jammer-Comödie in einem Akt von Nepomuk Carneval.

Regie: Gspass Zwetschgesummer.

Personen:

Ein Interpellant	Gspaß Zwetschgesummer
Der Geist eines früheren I. Interpellanten	Rheingold Spardisinn
Der Geist eines frühern II. Interpellanten	Friedmund Hederich
Ein h. Ratsherr	Philipp Rodolfi

Ort der Handlung: Der Ratssaal zu Babilon.

Neben Ernst Feigenwinter sind auch Gottfried Hediger (Friedmund Hederich), der erste katholische Grossrat, sowie Regierungsrat Rudolf Philippi Zielscheibe des fasnächtlichen Spottes. Mit Rheingold Spardisinn könnte Grossrat Reinhold Sarasin gemeint sein.

brauerei einrichten nach dem Vorbild des Königlichen Hofbräuhauses in München?» fragte er ironisch. Regierungsrat Speisers Antwort war erwartungsgemäss eher vage; es sei der Regierung darum gegangen, der Stadt ein grosses, für alle Parteien offenes Versammlungslokal zu erhalten.

In den folgenden Jahren finden sich immer wieder Vorstösse der Katholiken zu verschiedensten Themen. So meinte Hediger, die Erbschaftssteuer für Kinder solle verschwinden, dafür könne man eine Klaviersteuer erheben (20. Mai 1897). Feigenwinter machte den Vorschlag, auf dem Wettsteinplatz ein Wettsteindenkmal aufzustellen (22. September 1898). Entschieden wandte er sich gegen den Stimmzwang. Stimmfaule Bürger könne man ja im Kantonsblatt publizieren (8. Juni 1899).

Immer wieder kritisierte Ernst Feigenwinter das Stadttheater, dessen Stücke – namentlich hatte er das Schauspiel «Der Pfarrer von Kirchfeld» im Auge – «konfessionell hetzerisch» seien (7. Februar 1901). Dieser Vorstoss gab den «Aeschlemern» Anlass, sich in ihrer «Carnevals-Nummer 1» von 1901 weidlich über «Gspass Zwetschgesummer» und den «subventionierten Sündenpfuhl» lustig zu machen.

Zu erwähnen sind noch Interventionen von Dr. med. A. Adam zu medizinischen Fragen oder von Damian Meyer, dem rührigen Präsidenten des Männervereins «Eintracht»: Er wollte mehr Lohn für Laternenanzünder (10. März 1904).

17. Weitere politische Aktivitäten

Selbstverständlich beschränkte sich die politische Tätigkeit des KV nicht bloss auf die mögliche Teilnahme an Grossrats- oder Regierungsratswahlen. Anderseits würde es zu weit führen, hier jede politische Äusserung zu dokumentieren. Wir geben deswegen nur eine Auswahl wieder.

Eine ausführliche Stellungnahme brachte das BV am 20. März 1888 zur Verfassungsrevision des Kantons. Die Kommission des KV nannte darin die Verfassungsartikel und die Gesetze, welche das Verhältnis Staat–Kirche regeln oder die Wahl der Behörden ordnen sollten, eine «schreiende Ungleichheit und Ungerechtigkeit» gegenüber der katholischen Bevölkerung, doch angesichts der Untervertretung in der Legislative sei eine Eingabe aussichtslos. Ferner wurden alle Behörden aufgelistet, denen «nie ein Katholik anzugehören die Ehre hatte». Nur in drei Departementen seien einige Katholiken; diese Diskriminierung erfolge systematisch und sei ungerecht.

Zur Verfassungsrevision, welche vor allem die Wahl des Regierungsrates durch das Volk brachte, aber auch in Art. 13 festschrieb, dass «Personen, welche religiösen Orden und Congregationen angehören», die Leitung und Lehrtätigkeit an Schulen verboten sei, gab der KV natürlich die Nein-Parole heraus. Die Revision wurde aber mit 3187 Ja gegen 1671 Nein angenommen (am 1. Februar 1890).

Eine «stürmische Diskussion» entfachte der Centralbahnhandel von 1891[171]. Anlass war der Verkauf der Centralbahn, deren Sitz in Basel war, an den Bund.

Regelmässig gab der KV Parolen zu den Nationalratswahlen heraus, so 1893. Massgebend war auch hier der Gedanke einer proportionalen Vertretung, so wurde z.B. Wullschleger unterstützt: «Wir haben da namentlich sein mannhaftes Einstehen für die freien Krankenkassen, sein Bestreben für Reform des bäuerlichen Kreditwesens, seine Agitation für den Normalarbeitstag und Schutz der Arbeitslosen im Auge.»[172] «Vorbehaltlos» könne man die Stimme allerdings nur Regierungsrat Paul Speiser und Oberstlieutenant E. Bischoff geben. Nicht nach Bern gehöre, wegen seiner Amtspflichten als Professor und Rektor, Kinkelin. Und auch nicht Eckenstein. Dieser habe sich als «Anhänger des Radikalismus à la Forrer und Künzli entpuppt». (Die beiden waren Vertreter des zentralistischen Freisinns.)

Auch zu verschiedenen Initiativen bezog der KV Stellung, und zwar sowohl zu eidgenössischen wie auch zu kantonalen. Besonders auf schweizerischer Ebene witterte man hinter manchem neuen Gesetz einen Angriff gegen die Katholiken. «Der schleichende Kulturkampf» hiess ein Referat, das Professor Beck an einer Festversammlung der Basler Katholiken in der Burgvogtei hielt[173]. Er meinte, höchst verdächtig sei das Bundesschulgesetz, das Bundesrat Schenk ausgearbeitet hatte. «Dessen Tendenz (geht dahin), die Volksschule konfessionslos zu machen, den Religionsunterricht zu verdrängen.» Auch die neue Militärorganisation mit dem obligatorischen militärischen Vorunterricht an den Sonntagvormittagen habe es «auf die Beeinträchtigung des christlichen Glaubens und des Gottesdienstes» abgesehen. Das Krankenversicherungsgesetz (von Bundesrat Forrer, M.) treffe die katholischen Krankenkassen. Gegenmittel seien der VMAV und die katholische Volkspartei.

Auf kantonaler Ebene bekämpfte man aus weltanschaulichen Gründen die Einführung der Leichenverbrennung und versuchte, den Bau eines Krematoriums zu verhindern, allerdings erfolglos. Interessant ist der Kommentar im BV zum Ja[174]: «Beigetragen hat ferner die jüngere stimmberechtigte Bevölkerung, das flottante Element, welches nach dreimonatlichem Hiersein in gemeinde- und kantonalen Angelegenheiten mitsprechen darf, dieses Element, hervorgegangen zum grössten Teil aus der konfessionslosen Schule.»

Die positive Stellung Wullschlegers zur Krematoriumsfrage und der Verdacht, er werde von der Loge unterstützt (die Katholiken witterten damals ohnehin hinter jedem Radikalen einen Freimaurer, also einen Kirchenfeind Nummer eins) führte dazu, dass bei den Nationalratswahlen 1896 der Sozialdemokrat keine Unterstützung des KV mehr erhielt. In einem Leserbrief[175] wurde dem KV aber ganz allgemein vorgeworfen, er laviere zu sehr, dabei seien die Erfolge sehr mager. «Nur einmal weg mit dem Scharwenzeln und Kompromisslen... Versuche man es mit einer eigenen und zwar gebrochenen (unvollständigen, M.) Liste, welche die Namen der beiden konservativen Kandidaten und den eines Katholiken trägt.» Trotzdem wurde 1899 Wullschleger wieder unterstützt – der Proporzgedanke war stärker.

Auch für das Gerichtswesen begann man sich zu interessieren. «Die Zustände in denselben (den Gerichten) seien keine gesunden», vermeldet das KV-Protokoll vom

20. Oktober 1901. Und weiter: «Die Prozesse würden im Appellationsgericht übers Knie gebrochen, da die Richter die Appellation überhaupt als Arroganz betrachten.» Feigenwinter stellte den Antrag, die beiden Hauptparteien zu ersuchen, dass bei Richterwahlen «auch Rücksicht auf die Katholiken genommen werde».

Im Jahre 1902 beschloss der KV, sich mit der Kandidatur von Ernst Feigenwinter an den Nationalratswahlen zu beteiligen. Basel bekam damals infolge der Zunahme der Bevölkerung («infolge des raschen Anwachsens der katholischen Bevölkerung», wie das BV vom 25. Oktober 1902 meinte) zwei Vertreter mehr im Nationalrat zugesprochen. Feigenwinter, als Befürworter einer besseren Haftpflichtversicherung für Arbeitgeber, einer Kranken- und Unfallversicherung, als Kämpfer gegen Verschleuderung der Bundesfinanzen, gegen Verteuerung der Lebensmittel, gegen Börsenschwindel wurde als Mann des Volkes empfohlen. Selbst das protestantische «Berner Tagblatt» meinte, das Parlament würde sich zu dessen Eintritt gratulieren können, denn Feigenwinter sei ein ausserordentlich befähigter, talentvoller Jurist[176]. Sogar mit einem Gedicht (von Dürrenmatt?) rührte das BV die Werbetrommel für den katholischen Kandidaten:

«Lasst das Banner fröhlich wehen
Über unserm Schweizerhaus!
Auf den eignen Füssen stehen
Wollen wir in diesem Strauss.
Wir sind keine Herrenknechte,
Nicht gewärtig Eures Winks,
Feigenwinter ist der Rechte,
Unabhängig rechts und links.
Hei, wie waren wir umworben
Als willkommener Succurs!
Ach, nun ist dies Spiel verdorben –
Über unserm neuen Kurs!
Fort mit leerer Wahlreklame,
Aber an die Urnen stramm!
Doktor Feigenwinters Name –
Das ist unser Wahlprogramm!»

Trotz soviel Bemühungen wurde Feigenwinter nicht gewählt.

18. Soziales Engagement

Ein besonderes Gewicht legte der KV, dessen Mitglieder vor allem Handwerker und Arbeiter waren, auf die Behandlung von sozialen Fragen. Dies ist Ernst Feigenwinter und seinen Freunden zuzuschreiben, aber bestimmt spielten dabei auch die Verlautbarungen von Papst Leo XIII. eine grosse Rolle. Im weiteren galt es, den Auszug der

Werktätigen zu den Arbeitervereinen, der späteren Sozialdemokratischen Partei (1890) zu verhindern.

1885/86 fand eine ganze Reihe von Vorträgen zum Themenkreis «Soziale Frage» statt: «Der Sozialismus früherer Zeiten und dessen Entwicklung bis in die Gegenwart» (Referent war der auf diesem Gebiet besonders beschlagene ehemalige BV-Redaktor Bruhin), «Die einzig richtige und fruchtbare Lösung der sozialen Frage auf dem Boden des wahren Katholizismus» (Pfarrer Schmidlin von Biberist), «Der Bischof Ketteler von Mainz und seine soziale Stellung namentlich in Bezug auf den Arbeiter» (Redaktor Berther vom BV) oder «Pater Theodosius (Florentini, M.), ein christlicher Sozialist der Schweiz» (Pfarrer Gisiger)[178].

Bruhin bezeichnete die liberale Wirtschaftstheorie als Kind der Reformation. Die Sozialdemokratie sei «anfänglich aus einer berechtigten Gegenwehr hervorgegangen», doch sei sie dazu gekommen, «in einem Staat ohne Christentum, ohne Ehe (Bebel), ohne Familie ihr Heil zu suchen»[179].

Das BV begann am 26. März 1885 eine Artikelserie mit dem Titel «Katholische Sozialpolitik».

Von einem sozialen Konflikt direkt betroffen wurde im April 1885 das frühere Vorstandsmitglied des KV, J. Thierry, Inhaber einer Zigarrenfabrik: Seine Arbeiter streikten. Am 16. April berichtete Feigenwinter darüber im KV; er «constatiert, aus eigener Erfahrung in dieser Angelegenheit, dass die Arbeiter von einigen Rädelsführern nur gegen den Fabrikherrn aufgehetzt waren und viele ihrer Behauptungen der Wahrheit ganz entbehren»[180]. Man spürt förmlich, wie peinlich ihm die Sache war.

1886 beschloss der KV die Gründung einer Hilfskasse für arbeitslose katholische Arbeiter, doch liess man Ende des Jahres den Plan wieder fallen, weil die Finanzen fehlten[181].

Am 19. Dezember 1886 sprach in einer öffentlichen Versammlung mit 300 Teilnehmern in der Safranzunft Nationalrat Caspar Decurtins über die «Internationale Arbeiterschutz-Gesetzgebung». An der anschliessenden Diskussion beteiligte sich auch der sozialdemokratische Grossrat Gutsmann.

Anfang 1887 beschloss die Kommission des KV an einer Sitzung bei Feigenwinter am Klosterberg, sich an der Wahl eines eidgenössischen Arbeitersekretärs zu beteiligen, «da der KV zweifelsohne als Arbeiterverein zu betrachten sei und demgemäss bei der betreffenden Wahl mitzuwirken das Recht habe»[182]. Das Arbeitersekretariat sollte, wie zehn Jahre später das Bauernsekretariat, Ansprechpartner des Bundes sein. Erster Arbeitersekretär wurde bekanntlich der Sozialdemokrat Herman Greulich.

Im September 1887 setzte sich Dr. Fritz Speiser, der Bruder des Regierungsrats, im KV für ein Arbeiterkrankenversicherungsgesetz ein. (Fritz Speiser, 1853–1913, war Gerichtsschreiber in Basel und konvertierte 1887 zum Katholizismus. 1892 wurde er Priester, später Professor für Kirchenrecht an der Universität Fribourg.)[183]

Ebenfalls 1887, an der Leofeier, wurde in Basel der Dachverband der katholischen Arbeiter- und Männervereine der Schweiz VAMV gegründet (vgl. Exkurs Feigenwin-

ter). Dieser Verband wurde vom KV regelmässig mit Delegierten an die Jahresversammlung beschickt.

Auch in den neunziger Jahren gab es oft Vorträge zur sozialen Thematik: «Über Grund- und Endziele der Sozialdemokratie», «Die christliche Arbeiterfamilie einst und jetzt», «Die wahre soziale Erlösung der arbeitenden Klasse durch Christus und seine göttliche Lehre» usw.

Am 15. Mai 1891 erschien die Enzyklika «Rerum Novarum» Leos XIII., welche sich mit der Arbeiterfrage beschäftigte. Schon einen Monat später beschloss der KV an seiner Jahresversammlung eine Massenbestellung dieser Schrift[184].

Erwähnenswert erscheint uns eine Äusserung Feigenwinters an einer KV-Versammlung vom 12. Januar 1892 (5–600 Anwesende!): «Die Katastrophen, die über eine Reihe von Banken hereingebrochen sind, haben das Treiben des Kapitalismus auch in der Schweiz in ein grelles Licht gestellt und zeigen, dass es eine geringere Schande (sic!) ist, Fabrikarbeiter als Bankier zu sein.»

Am 8. April 1893 berichtete das BV vom schweizerischen Arbeitertag in Biel und redete der konservativen Fraktion der Bundesversammlung ins Gewissen: «Möge man aufhören, den liberalen Gewalthabern zu Willen zu sein und Rücksichten zu nehmen, die unsere katholischen Arbeiter nur verbittern und in die Arme der Sozialdemokratie führen müssen.» Das BV stellte sich damals entschieden auf die Seite der Sozialpolitiker. Prof. Beck schrieb schon am 30. Januar 1893: «Wie hat man seine (des BV, M.) Sozialpolitik bekämpft und verlästert, bis der Heilige Vater dieselbe in dem Breve (kurzes Schreiben, M.) an Herrn Decurtins ausdrücklich gebilligt hat.» – Die soziale Haltung des KV fand auch Eingang in die revidierten Statuten des KV vom 17. Mai 1894[185]. Als Aufgabe des Vereins wird in Paragraph 2b «die soziale Hebung der Arbeiter» angegeben. Erreicht werden soll das unter anderem «durch Versöhnung der Gegensätze zwischen Arbeitgeber und Arbeiter, Eintreten für die Arbeiter bei etwaigen denselben zugefügten Beeinträchtigungen, Eintreten für Massregeln zum Schutze der Arbeiter und zur Förderung ihrer beruflichen Interessen» (Paragraph 3c).

Neue Impulse brachte die Jahresversammlung der Schweizerischen Männer- und Arbeitervereine VMAV in Basel vom 8./9. September 1894, wobei sich zeigte, dass namentlich auch die «Schweiz. Kirchenzeitung» diesem Verband nicht wohl gesonnen war. Sie witterte in der Mitgliedschaft beim Arbeiterbund «ein Bündnis… zwischen roten und schwarzen Sozialisten»[186].

1898 wurde Basel Vorort des VMAV. In das Centralcomité wurden u.a. Ernst Feigenwinter, Constantin Weber, Dr. H. Abt und Eugen Wannier gewählt.

Sollen katholische Arbeiter den Gewerkschaften beitreten? Diese Fragestellung wurde 1899, an der Jahresversammlung des KV, die erstmals im neuen Saal des Vinzentianums stattfand, behandelt. Die Meinungen waren kontrovers.

Soziale Probleme beschäftigten den KV auch weiterhin, und zwar nicht nur in Vorträgen. So diskutierte man heftig über das Arbeitslosengesetz und die Idee einer Kranken- und Unfallversicherung. Beiden erwuchs Widerspruch. Man fürchtete sich vor einem

Obligatorium. «Staatssozialismus» hiess das Reizwort. Die Angst vor einem allmächtigen radikalen Staat sass eben noch tief.

19. Innere Entwicklung des Katholikenvereins

Im Streit um die Aufhebung der katholischen Schule hatte sich der KV als Sprachrohr der Basler Katholiken bewährt. Der negative Ausgang dieser Auseinandersetzung scheint aber dem Verein nicht gut getan zu haben; viele Katholiken waren demoralisiert; anderseits war der Bau der Marienkirche ein Vorhaben, zu welchem es den KV nicht brauchte. Kurz: Viele Anzeichen deuten darauf hin, dass der KV im Herbst 1884 in eine Krise geriet. Das zeigt sich vor allem im Protokoll der ausserordentlichen Versammlung vom 25. Oktober 1884.

Ernst Feigenwinter – damals noch nicht Präsident des KV; für den aus gesundheitlichen Gründen zurückgetretenen Peter Leuthardt war *Eduard Binkert-Bohrer,* Inhaber einer Eisengiesserei, gewählt worden – beklagte sich über die in letzter Zeit so geringe Beteiligung. «Er bedauert, dass sich Männer zurückgezogen, die berufen wären, für das Wohl und das Interesse der Gemeinde einzustehen, und möchte man fast glauben, es fehle an Mut.» Bruhin ging mit Feigenwinter einig: «Es existieren bei uns Verhältnisse, die schon längere Zeit den Keim zu der anfangenden Zerrüttung gelegt haben. Männer, die wir früher hier sahen und (die) für das Interesse der Gemeinde arbeiteten, sind nicht mehr unter uns; sie wurden durch die Verhältnisse gezwungen fernzubleiben... Hauptsächlich aber soll in unseren Reihen mehr Offenheit sein.» Leuthardt hat vernommen, «dass davon gesprochen wurde, einen KV für Schweizer und einen solchen für Ausländer ins Leben zu rufen und glaubt, auch hier einen Grund zum schlechten Besuche unserer Versammlungen anführen zu dürfen».

Über die Hintergründe dieser Klagen war leider nichts zu erfahren. Aber vielleicht hing damit die Neueröffnung des Lesezirkels zusammen, welche im Juli 1884 beschlossen worden war. Aufgelegt wurden wiederum «den katholischen Standpunkt vertretende politische Zeitungen», und zwar folgende:

- Stimmen aus Maria Laach
- Historische politische Blätter
- Christlichsoziale Blätter
- Frankfurter zeitgemässe Broschüren
- Wiener Vaterland
- Courrier de Genève
- Alte und neue Welt
- Schweizer Gewerbeblatt
- Schweizer Handelszeitung
- Libertà
- Vaterland, Luzern

– Allgemeine Schweizer Zeitung
sowie dreissig Exemplare des «Basler Volksblatts»[187]. Das Lokal befand sich im ersten Stock des «Café du Marché». Am 7. Dezember 1884 war feierliche Eröffnung in Anwesenheit der Rauracia und des Caecilienvereins. Bruhin verlas dabei ein selbstverfasstes Gedicht:

«Was ist es, Brüder, dass zur Stunde
Wir hier so froh versammelt sind?
Ist's, um zu hören gute Kunde?
Ist's, um zu grüssen uns geschwind?
O nein, wir sollen mit Behagen
Einweihen hier ein kleines Zelt,
Das zur Erholung aufgeschlagen
Auf unser'm Zuge durch die Welt.
Dass wir im Kränzchen uns belehren,
Was jeder Tag uns Neues bringt,
Dass wir gesellig hier verkehren,
Indess der Sturm zum Ohre dringt!» usw.[188]

Doch bereits im September des folgenden Jahres wurde in der Kommission beantragt, den Zirkel «wegen ungenügender Frequenz» wieder zu schliessen. Am 7. Februar 1886 fand zum erstenmal eine Versammlung des KV in Grossbasel statt, und zwar im «Augarten», der sich Ecke Austrasse-Leimenstrasse befand und etwa zehn Jahre später verschwunden ist. Andere Treffpunkte für Zusammenkünfte des ganzen Vereins waren das Café Spitz, die Safranzunft, das Wirtshaus «Zum Lamm» an der Rebgasse und, für grössere Veranstaltungen, Basels grösster Saal in der «Burgvogtei». Die weitaus meisten Versammlungen fanden aber im Saal des ehemaligen katholischen Knabenschulhauses am Lindenberg statt.

Im August 1886 hatte der Verein über eine schmeichelhafte Einladung zu befinden, nämlich über die Teilnahme an der St. Jakobsfeier. Es war «die erste, die dem KV seit dessen Gründung zugekommen ist»[189]. Da die Konservativen an der abendlichen Feier in der Burgvogtei nicht mitmachten, war die Kommission für Nichtbeteiligung, weil eine Teilnahme den Vorwurf der Parteinahme für die Radikalen nach sich ziehen konnte. Doch das Fussvolk sah das anders. Die St. Jakobsfeier sei «eine patriotische und keine politische», hiess es, «an der die Katholiken, wenn sie nicht bedeutungsärmer werden wollen, wie überhaupt an derartigen öffentlichen Anlässen, teilnehmen müssten. Die erhaltene Einladung sei ein Akt der Friedensliebe und dürfe nicht zurückgewiesen werden. Lange genug habe man über Zurücksetzung geklagt.» Die vom Präsidenten gewünschte dritte Festrede am Abend in der Burgvogtei könne «allgemein patriotisch» gehalten werden. In der Abstimmung entschied man sich für Teilnahme.

Schon im September tauchte infolgedessen ein neuer Wunsch auf: «Insbesondere sei der Mangel einer Fahne bei der diesjährigen St. Jakobsfeier von den verschiedenen Teilnehmern des KV besonders gefühlt worden.» Pfarrer Jurt war dagegen: «Eine Fahne sei

Ein Vereinsausflug

Begünstigt vom herrlichsten Herbstwetter, veranstaltete der Katholikenverein am letzten Sonntag seinen Herbstausflug nach Arlesheim. Es hatte sich dazu eine stattliche Schar von über dreihundert Teilnehmern eingefunden. Der ganze Saal im «Leuen» und die anstossenden Zimmer vermochten kaum die Gäste zu fassen. Der Präsident des Vereins, Dr. Feigenwinter, hiess die Anwesenden willkommen mit dem Wunsche, dass das heutige Familienfest einen recht angenehmen Verlauf nehmen möge. Dieser Wunsch erfüllte sich denn auch in reichlichem Masse. Zahlreiche Produktionen am Klavier, hübsche Lieder, Duette und Terzette brachten Leben und Abwechslung und sorgten, dass Aug und Ohr stets angenehm beschäftigt waren. Ganz speziell müssen wir die Vorträge der beiden Herren Kiefer auf der Geige und Flöte sowie die tüchtige Leitung des Herrn Schell, Direktor des Cäcilienvereins, erwähnen.

Aber auch an ernsteren Worten fehlte es nicht. Deklamation und Rede stellten sich auch ein, wie man übrigens erwarten durfte. Der Vizepräsident liess den Verein hochleben und ermahnte zu zahlreichem Eintritt in denselben ... Hochw. Herr Dr. Beck erinnerte an das abgelaufene Vereinsjahr. Der Verein sollte mindestens 2000 Mitglieder zählen, dann könnte man auch etwas Rechtes leisten. Redner trinkt auf die unentwegte Wirksamkeit des Vereines. Unterdessen war die Zeit ziemlich vorgerückt und die siebente Stunde mahnte zum Aufbruch ...

Basler Volksblatt, 25. Oktober 1887.

noch lange nicht das Symbol eines wahren Katholiken.» Ein Redner betonte, die Fahne sei ein Luxus, «man solle vor allem trachten, die hungernden und frierenden Kinder unserer Gemeinde zu speisen und zu kleiden». So wurde denn «die Vereinsfahne unter allgemeiner Heiterkeit mit allen gegen zwei Stimmen zu Grabe getragen»[190].

Ein gutes Jahrzehnt später kam der KV doch noch zu einer Fahne. Am 19. Juni 1898 wurde die Neuerwerbung gefeiert: «Das ganze Fest nahm übrigens einen brillanten, durch keinerlei Misston getrübten Verlauf, bei ungeheurer Teilnahme der hiesigen katholischen Bevölkerung.» Leider scheint diese Fahne – sie wurde später dem Katholischen Volksverein übergeben – verschwunden zu sein[191].

Die Teilnahme an der St. Jakobsfeier wurde in den folgenden Jahren jedoch abgelehnt, 1888 mit der Begründung, die dahinter stehenden Parteien brächten den Katholiken «Unduldsamkeit und systematische Zurücksetzung» entgegen. So wandte sich auch 1899 der Vorstand wieder gegen eine Teilnahme. Aber «in der Diskussion sprechen sich sämtliche Anwesende *für* die Teilnahme aus, indem das Verhältnis zum Staat ja eher ein friedliches geworden sei... Es sei deshalb kein Grund vorhanden, sich immer in den Schmollwinkel zurückzuziehen.»[192] Zudem besass man jetzt eine Vereinsfahne!

Zu einem öffentlichen Auftritt waren die Katholiken übrigens schon vorher gekommen. Es handelte sich um die Kleinbasler Gedenkfeier von 1892. Dabei kamen der Caecilienverein St. Clara und der Kirchengesangchor Grossbasel zu einem Auftritt. Zusammen mit anderen Chören sangen sie unter anderem «Weh uns allen...» und «Bange Frauenherzen...»

Doch zurück zur eigentlichen Vereinsgeschichte. Schon Ende 1886 wurde *Ernst Feigenwinter* Präsident des KV, den er bis 1890 und wieder von 1894–1896 führen sollte. Möglicherweise geht auf ihn die Statutenrevision von 1888 zurück. Entsprechend den Wahlquartieren sollte der Ausschuss nun aus neun Quartiervertretern und drei frei gewählten Mitgliedern bestehen; die Geschäfte sollte aber ein engerer Vorstand von fünf Männern, einer davon ein Geistlicher, vorbereiten. Es ist nicht auszuschliessen, dass Feigenwinter sich dabei an der Organisation des Grütlivereins orientierte, dessen Statuten er besass. Der Grütliverein hatte eine ähnliche Mitgliederbasis wie der KV: Zugewanderte, Handwerker, Arbeiter, nicht Stimmberechtigte, keine Bürger, eher Unterschicht[192a].

Erstmals wurde die neue Leitung 1889 gewählt, von 101 Anwesenden, die Kenntnis nahmen von der Jahresrechnung: Einnahmen 1252 Franken, Ausgaben 929 Franken, Saldo 323 Franken[193]. Leider wissen wir nicht, wie sich die Einnahmen zusammengesetzt haben. Sicher betrug der Jahresbeitrag nicht mehr – wie noch 1870 – sechs Franken, sondern wahrscheinlich nur noch Fr. 2.50, wie in den Statuten von 1894 festgesetzt. Man käme so auf eine Mitgliederzahl von etwa 500. Diese Zahl wird aber eher zu hoch gegriffen sein, denn erst am 6. Dezember 1895 vermeldet das BV stolz die Aufnahme von zwölf neuen Mitgliedern, «wodurch die Mitgliederzahl von 500 erreicht ist».

Von diesem Jahr 1895 ist noch ein Mitgliederverzeichnis vorhanden, so dass sich die Berufe ermitteln lassen. Aus den Berufen ergibt sich, dass sich etwa zwei Drittel der Mitglieder, vielleicht sogar mehr, mit bescheidenen Löhnen zufrieden geben mussten. Sowohl ungelernte als auch Berufsarbeiter waren nicht auf Rosen gebettet. Nur 40% der Familien der gelernten Arbeiter lebten ausschliesslich vom Einkommen des Mannes, bei den Hilfsarbeitern waren es sogar nur 10% (Zahlen für 1912). Der Durchschnittslohn eines Hilfsarbeiters betrug 1912 1500 Franken im Jahr, während ein Berufsarbeiter ein mittleres Jahreseinkommen von 1800–2100 Franken hatte. Holz-, Textil- und Bauarbeiter verdienten eher schlecht. Auch bei den Meistern schwankten die Einkommen[195].

Ende 1889 machte dem Ausschuss ein neues Problem einiges zu schaffen. Im Herbst dieses Jahres hatte sich nämlich ein «Katholischer Quartierverein Kleinbasel» konstituiert, offenbar in der Absicht, sich vom KV zu emanzipieren und vollständig loszulösen. Bald schon tauchte aus der Mitte der Mitglieder des KV der Wunsch nach einer Grossbasler Sektion auf.

So sah sich denn die Kommission in ihrer Sitzung vom 21. Dezember 1889 veranlasst, zusammen mit Vertrauensmännern der RKG die Situation gründlich zu durchleuchten. Der Ausschuss, aber auch Pfarrer Jurt, betrachteten den Statutenentwurf des neuen Vereins als «eine Gefährdung des bisherigen guten Friedens in unserer Gemeinde». Der Aktuar des neuen Vereins zeigte für diesen Standpunkt volles Verständnis und sprach von «Überrumpelung» durch (übrigens wenige) Gegner des KV. Grundsätzlich wurden aber Vereine zur Verfolgung ihrer Quartierinteressen begrüsst. Auch könnten sie «bei politischen Aktionen sofort organisiert und kampffähig bei der Hand sein. Es wird dadurch eine praktische, wohltätige Arbeitsteilung bezweckt und die katholische Partei

Berufe von je 100 zufällig ausgewählten Mitgliedern des KV.	1895	1911
– vermutlich ohne Lehre (Taglöhner, Packer, Fabrikarbeiter, Heizer ...)	22	15
– vermutlich mit Lehre (Coiffeurgehilfe, Färber, Gärtner, Ferger, Zeichner ...)	13	29
– Handwerksgesellen	14	8
– Büroangestellte (Commis)	13	11
– Staatsangestellte (Billeteur, Bahnarbeiter, Polizist, Grenzaufseher)		11
– Handwerksmeister	10	8
– andere Selbständige (Milchhändler, Spezierer, Kaufmann ...)	11	3
– Leitende Stellung (Prokurist, Architekt, Geschäftsführer ...)	8	6
– Akademiker (Geistliche)	2	3
– Diverse (Partikular, Sigrist, Wirt, Schriftsetzer, Orgelbauer ...)	7	6

Die Berufe des Mitgliederverzeichnisses von 1895 wurden mittels des Adressbuches eruiert. Das Mitgliederverzeichnis von 1911 gibt die Berufe an.

[hier taucht das Wort erstmals auf!] selbst viel besser zu einem gegliederten Ganzen geformt; die einzelnen Truppenkörper werden besser marschieren.» Anklang findet auch der Vorschlag, nur Schweizerbürger und keine Ausländer aufzunehmen.

Sofort wurden für die Grossbasler Quartiere (entsprechend den Wahlquartieren) Komitees ernannt[196]. An der Jahresversammlung 1890 wurde der Vorstand beauftragt, die Statuten entsprechend zu ändern. «In prinzipiellen politischen und religiösen Fragen» sollten sich die zu gründenden Quartiervereine nach den Entscheidungen des gesamten Vereins richten[197].

Die Aufgaben der «Quartiervorstände» wurden klar in den revidierten Statuten vom 17. Mai 1894 definiert. Demnach lag es den zwei Vertretern der seit 1893 zehn Wahlquartieren ob,

«1. Die genauen Verzeichnisse der Vereinsmitglieder sowie der andern in ihren Quartieren ansässigen stimmfähigen Katholiken zu führen.»
2. Diese «zu sammeln und dem Verein zuzuführen».
«3. Die vom Vereine beschlossenen Aktionen und Agitationen in ihren Quartieren auszuführen.» Die Leitung des Vereins hatte der Vorstand (Präsident, Vizepräsident, Aktuar, Kassier, ein Beisitzer). Er und die zwanzig Quartiervertreter bildeten den Ausschuss.

Gegenüber den ersten Statuten von 1870 gehen die revidierten mehr in Einzelheiten, besonders in der Frage, wie die Vereinsziele zu erreichen seien. Zutritt hatten nach wie vor auch Ausländer. Deutlich merkt man diesen Satzungen die juristische Beschlagenheit Feigenwinters an.

In den Protokollen taucht auch immer wieder der Wunsch nach einem eigenen Vereinshaus auf. Eine Möglichkeit sah man in einem Umbau der Schulgebäulichkeiten am Lindenberg, welche aber der RKG gehörten. Mitte 1894 zeigte sich ein anderer Weg: der katholische Gesellenverein dachte ernstlich daran, die Burgvogtei käuflich zu erwerben (vgl. Ziff. 16). Doch dieses Vorhaben konnte nicht ausgeführt werden. Ein neuer Anlauf wurde 1903 gemacht. Es wurde nämlich eine «Gesellschaft des Katholischen Vereinshauses ‹Basler Hof›» gegründet. Ziel war die Erwerbung der Liegenschaft Clarastrasse 38 als Vereinshaus und Gasthof[199].

1895 befasste sich der Ausschuss mit der Italienerfrage. Ernst Feigenwinter machte «auf die teilweise sehr traurigen Verhältnisse der in Basel ansässigen Italiener (in religiöser und gesellschaftlicher Beziehung) aufmerksam. Zusammen mit der Gemeinde sollte eine Besserung versucht werden. Am 29. März 1895 wurden im KV entsprechende Beschlüsse gefasst:

1. Sollten statistische Erhebungen (Zahl, Herkunft) durchgeführt werden,
2. sollten die Italiener in einem «unter der Protektion des KV stehenden besonderen Verein» gesammelt werden, und
3. wollte man für einen italienisch sprechenden Geistlichen besorgt sein.

Dieser wurde dann für die Dauer der Sommermonate in der Person eines Tessiners gefunden. – Eine vom KV organisierte Versammlung italienischer Arbeiter in der Burgvogtei wurde von etwa 150 Krakeelern mit dem Ruf «Evviva il socialismo» gestört, doch gelang es Feigenwinter, die Ruhe wieder herzustellen[200].

Unterdessen hatte sich ein «Verein junger Katholiken» gebildet, der sich als Ziel unter anderem die «Ausbildung fürs künftige politische Leben» gesteckt hatte. Sein Präsident beklagte die Lauheit und Gleichgültigkeit der 16–20jährigen[200a].

Am 14. Januar 1900 hielt der Sohn des Sigrists an der Marienkirche, der vielversprechende junge Jurist und Quartiervorstand Josef Knörr, im KV einen Vortrag über Japan, das er besucht hatte. Sein Name taucht verschiedentlich in den Protokollen auf, z.B. am 4. Februar 1900, verschwindet dann aber, denn Knörr trat schon 1903 der Sozialdemokratischen Partei bei. Bereits 1905 wurde er Grossrat und war es bis zu seinem frühen Tod 1912. Er blieb «auch nach dem Übertritt zur SP praktizierender Katholik gemäss der SP-Devise ‹Religion ist Privatsache›»[201].

Ein anderer Überläufer war Florentin Acker, «der früher ein ganz schwarzes U (Ultramontan) von der Nationalzeitung erhielt,… der früher auch einmal für den Proporz einstand, als er noch nicht Grossspekulant und Präsident des freisinnigen Quartiercomités war»[202].

Doch ein anderes Problem machte dem Auschuss viel mehr zu schaffen. Um die Jahrhundertwende war nämlich im Spalenquartier der katholische Männerverein «Eintracht»

Die Präsidenten des Katholikenvereins

1870	Dr. Albert Siegrist-Oehninger
1871–1874	Franz Joseph Thierry-Roux
1875–1877	Peter Leuthardt
1878	Direktor Rudolf Ternetz
1879–1884	Peter Leuthardt
1884–1886	Eduard Binkert-Bohrer
1886–1890	Ernst Feigenwinter
1891–1893	Pfarrer Constantin Weber
1894–1896	Ernst Feigenwinter
1897–1899	Pfarrer Constantin Weber
1900	Dr. Eugen Wannier
1901–1902	Ernst Feigenwinter
1902–1921	Dr. Albert Joos

gegründet worden, ohne dass der KV um seinen Segen gebeten worden wäre. Feigenwinter sah die Gefahr einer Abspaltung und Auflösung des KV drohen und verlangte die Genehmigung der Statuten durch den KV und vor allem die Bestimmung, dass die Mitglieder der «Eintracht» eo ipso auch Mitglieder des KV würden. Dabei sah sich der junge Verein nicht als dessen Konkurrenz, denn die wenigsten seiner Mitglieder wollten zum KV und seien zudem meist Elsässer. Wie sollte sich der KV in der veränderten Situation verhalten? Es ging um die Frage der Zentralisation, denn Bestrebungen zu eigenständigen Vereinen lagen offenbar in der Luft. Und diese wollten sich, wie die «Eintracht», nicht bevormunden lassen. So trafen sich denn der Vorstand des KV und der «Eintracht»-Vorstand, und als Kompromiss genehmigte der KV die Statuten des neuen Vereins «in dem Sinne, dass jedes Mitglied zugleich Mitglied des KV werde». Doch die «Eintracht» wollte dem Wunsch des KV nicht Folge leisten, und resigniert meldet das Protokoll, man wolle «der Sache vorläufig ihren Lauf lassen»[203].

Gewiss ist, dass sich in den Statuten von 1911 die «Eintracht» als selbständige Sektion des KV Basel betrachtete und die Zentralstatuten des KV anerkannte[203a].

Im gleichen Jahr 1900 wurde der Jurist (und Schwiegersohn Gregor Stächelins) *Dr. Eugen Wannier* Präsident des KV.

Sein Vorgänger als Präsident von 1891–1893 und von 1897–1899 war der erste Pfarrer der Marienkirche, *Constantin Weber,* gewesen.

Wannier scheint sich mit Ernst Feigenwinter nicht besonders gut verstanden zu haben, jedenfalls wünschte dieser «mehr Leben in den Verein»[204]. Wahrscheinlich deshalb trat Wannier schon im November 1901 zurück. Bis zum 20. August 1902 war Feigenwinter wieder Präsident.

Sein Nachfolger, der den Verein und später die Partei bis 1921 präsidieren sollte, war der Jurist *Dr. Albert Joos* (1875–1948)[205].

Dr. Albert Joos (1875–1948) war lange Jahre Präsident des Katholikenvereins, der sich von 1905 an Katholische Volkspartei nannte, wenn es um Wahlen und Abstimmungen ging. Eines seiner Verdienste ist es, die Geschlossenheit seiner Partei gewahrt zu haben.

Joos wurde als Sohn einer der wenigen schon in Basel heimisch gewordenen katholischen Familien geboren. Nach seinen juristischen Studien trat er ins Advokaturbüro von Ernst Feigenwinter ein, wo er mit politischen und sozialen Problemen konfrontiert wurde. Von 1908 bis 1923 gehörte er dem Grossen Rat an; er wurde auch Mitglied des Weiteren Bürgerrats. Schon 1921 trat er vom Parteipräsidium zurück[205a].

Joos hatte anfänglich Bedenken; er nahm «mit Hinweis auf seine Jugend und Unerfahrenheit die Wahl nur mit Widerstreben» an. Gewählt worden war er an einer Generalversammlung, an welcher die Konsequenzen aus der sich anbahnenden Aufsplitterung des KV gezogen worden waren: Man gab sich neue Statuten. Diese hatte zweifellos noch Ernst Feigenwinter ausgearbeitet. Zielgruppe waren nun die im Gebiete des Kantons Basel-Stadt wohnhaften Katholiken, Zweck aber immer noch die Wahrung und Verteidigung der Interessen der Religion und der Kirche sowie der Rechte der katholischen Einwohnerschaft. Neu war aber die Gliederung in fünf Sektionen:

1. Sektion Aeschen- und Albanquartier
2. Sektion Steinen- und Stadtquartier
3. Sektion Spalen- und St. Johannquartier
4. Sektion Bläsi- und Riehenquartier mit Riehen und Bettingen
5. Sektion Horburgquartier mit Kleinhüningen.

Diese Einteilung entsprach weitgehend den Wahlquartieren; sie nahm nicht die Pfarreien als Grundlage, obwohl das Horburgquartier mit der St. Josephspfarrei (seit 1902) oder das Riehenquartier mit der St. Clarapfarrei zusammenfielen. Im Grossbasel gab es ohnhin erst die Marienpfarrei. (Grossbasel-West gehörte teilweise zu St. Joseph.) Pfarrer Weber hatte allerdings die Einteilung des Vereins in fünf Sektionen, «welche sich um die schon bestehenden oder noch in Aussicht zu nehmenden Pfarrkirchen gruppieren», empfohlen. Diese Sektionen hatten Mitspracherecht durch Vertreter in der Delegiertenversammlung (ein Abgeordneter pro 50 Mitglieder bzw. eine Bruchzahl von mindestens 25). Zu dieser Delegiertenversammlung gehörten auch die dem KV angehörenden Mitglieder des Grossen Rates sowie das Centralcomité, die Oberleitung des Gesamtvereins. Die Sektionen mussten in ihren Vorstand mindestens einen der hiesigen Geistlichen wählen. Dieser war meist Ehrenpräses oder Ehrenpräsident, «in Fragen katholischer Grundsätze ist sein Urteil entscheidend». Die Sektionen waren verpflichtet, dem KV als Gesamtverband die Beratung und Beschlussfassung aller wichtigen Angelegenheiten der kantonalen und eidgenössischen Politik sowie der RKG zu überlassen. Jedes KV-Mitglied wurde automatisch Mitglied einer Sektion, und umgekehrt. Diese Statuten waren in Kraft bis 1915[206].

Dass die neuen Statuten ihren Zweck völlig erfüllten, zeigt ein Satz aus dem Jahresbericht 1903[207]: «Wir glauben es diesem Umstande (Gliederung in fünf Sektionen, M.) zuschreiben zu müssen, dass viele in den Quartieren zerstreute Katholiken, welche mit unserem Vereine gar keine Fühlung mehr hatten, uns wieder näher gebracht worden sind und ferners auch, dass die Begeisterung und die Liebe für unsere Sache durch die rastlose Wirksamkeit der Sektionen in erhöhtem Masse sich geltend gemacht hat.»